

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

58 (10.3.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablosen oder am Postkassier monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Verlag mittags. Geschäftszeit: 7/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A, zugügl. 50 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 7/8 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Völkerbund u. Bodenreform.

gl. Karlsruhe, 10. März.

Am 23. Sept der „Bodenreform“ bezieht sich Adolf Damischke, der Leiter der deutschen Bodenreformbewegung, mit dem Gedanken des Völkerbundes, durch dessen Verwirklichung künftige Kriege verhütet und ein Interessenausgleich zwischen den einzelnen Nationen erzielt werden soll. Damischke, dessen Stimme mancher von uns in diesen Tagen gern über gehört hätte, ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die dieser Verwirklichung entgegenstehen, er anerkennt aber die Macht dieses Gedankens, der solange zwischen den Kulturvölkern schwingen muß, bis er seine Landverteilung erzwingt. (Anderes ist es mit dem Sozialismus auch nicht gemeint.) Uns Deutschen kommt die Aufgabe zu, diesen Gedanken, der von Kant 1795 zuerst begründet wurde, fortzuentwickeln und zu gestalten. Wie aber, fragt Damischke, wird die Gefahr vermieden, daß durch den Völkerbund wachsende aufsteigende Völker künstlich auf Kosten stillstehender sinkender Völker gehemmt werden, wie wird eine tragfähige Grundlage geschaffen, auf der sich die einzelnen Nationen gemäß ihren Lebensbedingungen entfalten können, auf der sich zugleich die Völkergemeinschaft organisch entwickeln kann? Damischke weiß eine klare runde Antwort, bei der es nur fraglich ist, ob ihr Inhalt zu verwirklichen ist: Im Rahmen des Völkerbundes muß jedem Volke der ihm nach Zahl der Einwohner und Grad der Wirtschaftstätigkeit gebührender Anteil an Kolonialländern und Wirtschaftssphären zugewiesen werden. Wie unerschrocken die letzte Verteilung ist, zeigt deutlich die Tatsache, daß das 5 Millionen Einwohner fassende Portugal 2 Millionen Quadratkilometer Kolonien hat, während Deutschland mit seinen 65 Millionen nur 11/2 Mill. iogiel Kolonialland besitzt.

Damit ist eine für die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes entscheidende Frage aufgeworfen, deren richtige Lösung wir von dem kommenden Frieden noch nicht erhoffen können. Wir müssen zugeben, daß wir einen Teil unserer Kolonien behalten und an der allgemeinen Wirtschaftsvermehrung der Welt teilhaben, daß unsere Wirtschaftsergebnisse im notwendigen Umfang aufrecht erhalten werden. Um das zu gewährleisten, müssen wir unsere eigenen Lebensverhältnisse beibehalten, die Einbuße fremder Güter nach Möglichkeit vermeiden und unsere Wirtschaftstätigkeit aufs höchste anheben. Vor allem wird es gelten, durch eine bessere Verteilung des Grund und Bodens und durch Verstaatlichung gewisser Bodenschätze der Erde abzugewinnen, was aus ihr herauszuholen ist.

Mancher mag denken, daß bei einer gerechten Verteilung der Wirtschaftstätigkeit nicht immer ein größeres Angebot von Wirtschaftsgütern herrschen als der Bedarf der heimischen Industrie (verlangt) auf einem Kolonialgebiet vertrieben werden kann. Damit würde aber die Wirtschaftstätigkeit nicht zu erhöhen vermögen, der sich im Mutterlande nicht zu erhöhen vermögen, in Gebieten abzulösen, deren Ertrag dem Mutterlande im selben Umfang zuzuwenden kommt. Die beste Lösung wäre vielleicht die, daß der gesamte Kolonialteil aller Nationen unter einer Pändion internationaler Kontrolle untersteht oder von den Drängen einer internationalen Kommission getrennt wird. Ein Antrag ist in bereits beim Völkerbund eingereicht. Auf diese Weise wäre es auch möglich, den bisherigen Kolonialen Nachbau zu verhindern und für die Erzeugung von Wirtschaftsgütern die soziale Ökonomie zu fördern, die im Programm der Sozialdemokratie für die heimische Warenproduktion enthalten ist.

Die Grundidee aller Völkerbundpläne ist die, daß eine rationelle Weltwirtschaft eine Forderung ist, die sowohl im Mutterlande wie auch im Kolonialland durchzuführen ist. Diese rationelle Weltwirtschaft wird aber nur verwirklicht durch ein neues Bodenrecht, das den bisherigen Wirtschaft des Bodens befreit und ihm die höchste Ertragsfähigkeit beibringt. Darin liegt die Bedeutung der Bodenreformbewegung. Lassen wir das im neuen Weltwirtschaftsplan die Forderung enthalten, deren Erfüllung der Völkerbund deutscher Bodenreformer beim Hauptausdruck für Kriegsverhütung seit langem vorbereitet hat! Lassen wir ferner dazu, daß die Bodenreformbewegung auch die anderen Nationen, soweit sie ihrer noch nicht teilhaftig sind, erreicht, daß die Forderungen der Bodenreform auch im künftigen Völkerbund früher oder später erfüllt werden!

Die Forderungen der deutschen Lebensbaum im Erdreich wurden, umso höher wird er seine Wurzeln strecken: Die Fruchtbarkeit des Erdbodens verleiht den Menschen die Möglichkeit zu immer vollkommeneren Formen wirtschaftlicher und kultureller Gemeinschaft.

Amerikas Vermittlung?

Haag, 7. März. (Melbung des Holl. Neimarsbüreau.) Die „New York World“ schreibt, daß es vollständig auf Frankreichs Haltung zurückzuführen sei, daß die Unterhandlungen in Spaa abgebrochen seien. Frankreich würde nicht, daß Deutschland irrendweise Gelder für seine Verloruna benutzte.

Sein gesamtes Guthaben sollte zur Leistung des Schadenersatzes verwendet werden. Die alliierten Delegierten haben alles getan, Frankreich zu einer anderen Ansicht zu bringen. Aber alles war vergebens. Als sie verstanden, die deutschen Delegierten unwillig, indem der Kompensationsvorschlag gemacht wurde, daß das Abkommen nur für einen Monat gelten sollte, und daß später eine endgültige Abmachung vereinbart werden könnte, haben die Deutschen diesen Vorschlag mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß sie selbst gezwungen werden, die Bedingungen vollständig zu erfüllen, während die Alliierten nicht gewillt oder auch nicht in der Lage seien, ihren Teil der Verantwortung innezuhalten. Die Deutschen erklärten weiter, daß sie nicht nach der Heimat zurückkehren könnten, nachdem sie die gesamte Handelsflotte ausgeliefert und dennoch nichts in Aussicht dafür erhalten hätten. Es verlautet, daß die amerikanische Delegation dem Rat der zehn Vorschläge zur Beendigung der gegenwärtigen Krise einreichen wird.

Der Völkerbund muß kommen.

Eine Rede Wilsons vor der Abreise.

NY, 8. März. In seiner Rede in der Metropolitan-Oper sagte Präsident Wilson u. a.: Ich werde erst heimkehren, wenn drüben alles beendet sein wird, und ich bitte Gott im Namen der Interessen des Friedens in der Welt, daß dies bald geschieht. Das eine, was ich der Menschheit des Ozeans sagen werde, ist, daß sich eine mächtige Mehrheit zum Nutzen des Völkerbundes ausgesprochen hat. Ich weiß, daß dieses der Fall ist.

Nachdem Wilson seinem Mitarbeiter La Fontaine die Bewunderung spendet, fuhr er fort: Wir wohnen in Paris den Darlegungen der Grundelemente des Völkerbundesproblems bei. Niemals empfing ich einen tieferen Eindruck als bei der Zusammenkunft der Kommission, die vom Friedenskonferenz mit der Ausarbeitung der Grundlinien für den Völkerbund betraut worden ist. Der Völkerbund will die Entwicklung der Nationen gegen den Frieden überwinden. Der Bund kann selbst durch eine bloße Diskussion die Nationen nicht. Deutschland hätte den Krieg vermeiden können, wenn es der Welt eine Diskussion über den Angriff gegen Serbien hätte eröffnen lassen, auch wenn diese nur eine Woche gedauert hätte. Das Parlament hätte eine Frist von ein oder zwei Tagen abgemacht, wo dann die Vertreter der Nationen hätten zusammenzutreten und die Möglichkeit einer Verständigung des Konfliktes hätten besprechen können. Deutschland hat nicht einmal den Mut gehabt, eine einwöchige Verhandlung zuzulassen. Wir halten es für sicher, daß Deutschland, wenn es versucht hätte, daß sich Großbritannien mit Frankreich und Rußland verständlich erweisen wird, sich in das Kriegsgewand nicht gehüllt haben würde. Der Völkerbund verleiht den Zweck, allen Nationen kund zu tun, daß im Falle von Geistesverirrungen nicht nur Großbritannien, sondern auch noch die Vereinigten Staaten und mit ihnen die Völker der Welt da sind, um solche Akte zu bestrafen. Der Völkerbund ist daher ein Abkommen, durch das die Welt verpflichtet ist, die Grundidee hoch zu halten, denen sie soeben um den Preis des kostbarsten Blutes, das je vergossen wurde, Achtung verschafft hat.

Soldatenunrufen in England.

Liverpool, 8. März. Liverpool Express meldet, daß Milizangehörige über die Angamkeit der Rekrutierung über zu einem militärischen Aufbruch im Lager von Nibbi in Wales gekehrt, es wurden Korrekturen gefordert. Ein Vertreter des Regiments hielt eine Ansprache an die Mannschaften und versprach Verstärkung der Milizkräfte. Die kanadischen Behörden stellen die Ordnung ohne Unterbrechung der britischen Truppen wieder her. Sie übernehmen die volle Verantwortung für das bish. militärische Vorgehen und verhaften eine Anzahl von Leuten, die bei der Schießerei beteiligt waren.

London, 8. März. Das kanadische Hauptquartier in London erklärt eine Verleumdung über den militärischen Aufbruch im Nibbi Lager, worin es heißt: Gegen die Auftritte, von denen ein großer Teil schon verhaftet worden ist, wird sofort vorgegangen werden. Eine Anzahl von 3 Wölfen nahm an den Unruhen teil. 12 von ihnen sind bereits festgenommen. Im Laufe der Unruhen wurden drei Führer und zwei Wachtmeister getötet, 50 Mann, darunter 2 Offiziere, wurden verwundet. Im Lager von Nibbi befanden sich 20.000 Kanadier, die auf ihre Entschiffung warten.

Spartakus.

Berlin, 10. März. Von der Bekämpfung der Rikstenerer Post retteten sich, der „Voss. Ztg.“ zufolge, drei Soldaten, die bereits an die Wand gestellt worden waren und erschossen werden sollten, im letzten Augenblick dadurch, daß sie erklärten, zu Spartakus überzutreten zu wollen. Sie sind dann erschossen. Sie bestätigten, daß die übrige Bekämpfung von den Spartakisten ermordet wurde und ebenso den Massenmord an den Beamten des Polizeipräsidiums. In der Frankfurter Allee stellten die Spartakisten 8 Mann der Regierungstruppen, die ihnen in die Hände gefallen waren, an die Wand und erschossen sie, ein anderer Soldat wurde durch Weisende getötet. In der Brangesträße wurde ein mit dem roten Kreuz ausgezeichnetes Krankenautomobil von kanadischen spartakistischen Zivilisten überfallen. In dem Automobil liegende verwundete Soldaten wurden zum Entsetzen des Publikums herausgerissen und jämlich getötet. In der Großen Frankfurter Straße wurden, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, gestern vormittag drei

Mörderer von Regierungstruppen abgefoßt, als sie ein Konfektionsgeschäft austraben wollten. Sie wurden sofort standrechtlich erschossen.

Berlin, 8. März. Nach Berichten der Blätter sind die heute Nacht und heute früh in der Gegend hinter dem Polizeipräsidium bis zum Friedrichshain errichteten Warrifaden sämtlich von den Regierungstruppen gelichtet und dem Erdboden gleichgemacht. Der „Voss. Ztg.“ meldet, daß die Zahl der Toten und Verwundeten seit gestern Abend bis heute Mittag zur Zeit auch nicht ungefähr festgestellt werden kann. Ziel werden auf mehrere Hundert geschätzt.

Berlin, 9. März. Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern Abend Lichtenberg und unternahmen einen Nachzug gegen die Polizeiwache des 1. Reviers, die am Dienstag einen spartakistischen Angriff unter beiderseitigen Verlusten abgewiesen hatte. Die Spartakisten erwarbten sämtliche Offiziere, Wachtmeister und Soldaten, nach der „V. Z.“ angeblich 60 an der Zahl.

Standrecht in Berlin.

Berlin, 9. März. Der Oberkommandierende in den Marken, Reichswehrminister Roske, erläßt heute morgen folgende Anordnung: Die Grausamkeiten und Bestialitäten, die gegen uns kämpfenden Spartakisten zuzugewandt werden, sind dem Befehl: Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen. Roske.

Die Streifbewegung.

Essen, 8. März. Der Ausstand auf der Zecheanlage Deutscher Kaiser und auf der Zeche Lothringen dauert an. Die Gesamtzahl der Ausständigen in der gestrigen Nacht- und heutigen Frühstunde beträgt etwa 16.000 Mann.

Erfurt, 8. März. Nach hier vorliegenden Mitteilungen ist gestern der Generalstreik in Mittelhessen ausbrochen.

Wien, 9. März. In der Daurahütte wurde gestern vormittag 10 Uhr durch Glockengeläute der Generalstreik verkündet. Dort streikten die Maggrube, die Riederhütte, der Anst. und Vicinius-Schacht und Wisknerische Refektorium. Nachmittags gegen 5 Uhr formierte sich ein Demonstrationzug von 6.000 Personen mit Musikkapellen und roten Fahnen. Auch in einem Teil des Kreises Deutchen ist der Generalstreik ausgebrochen, bescheiden im Vorstücker, wo die Beamten Klüchten mußten.

Kleine Nachrichten.

Breslau, 8. März. Der kommandierende General des 4. Armeekorps hat im Einvernehmen mit dem Vorkommando den Vertrag der Provinz Schlesien und dem Zentralverband mit mehreren Kreisen den Pelagerungsstand verhängt.

Bern, 8. März. Nach Pariser Zeitungen macht sich unter der französischen Eisenbahnergewerkschaft immer mehr eine Bewegung zum Gunsten des Achtstundentages geltend. Der Vorkommando der Eisenbahner hat eine darauf bezügliche Denkschrift an das Arbeitsministerium eingereicht. Das Einverständnis der Bahn Paris-Ost verlangt ein gemeinsames Vorgehen der englischen und französischen Arbeiter.

Osag, 8. März. Einer Meldung der Radio-Agentur zufolge hat das amerikanische Repräsentantenhaus mit 216 gegen 41 Stimmen den Antrag zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes Irlands angenommen.

Wien, 8. März. Nach einem Funkbericht des Wiener Press-Bureau aus Paris hat die unabhängige Gruppe der Kammer dem Ministerpräsidenten den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Tropfen und das Armeriematerial, die von Deutschland und Oesterreich 1814/15, 1870/71 sowie 1914/18 erbeutet wurden, Frankreich restlos zurückgestellt würden.

Amiens, 8. März. Auf der Straße Amiens-Rouen riefen sich von einem englischen Zuge Wagen los und stießen mit einem anderen englischen Zuge zusammen. Man zählt 11 Tote und 60 Verwundete.

Paris, 8. März. Der Oberste Kriegsrat nahm heute grundsätzlich die Vorlage Lloyd Georges an, wonach Deutschland die Bedingungen auferlegt werden soll, ein Heer von nur 15 Divisionen zu halten, das sich ausschließlich aus Berufssoldaten zusammensetzen soll, die sich für 12 Jahre freiwillig verpflichten. Der Militäranspruch erhält den Auftrag, einen entsprechenden Text auszuarbeiten, der am Montag dem Rat vorgelegt werden wird. Der Rat beschloß ferner, die Lebensmittelversorgung von Deutsch-Oesterreich von 800 auf 900 Tonne täglich zu erhöhen. Der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover erklärte, daß er genug Lebensmittel zur Verfügung habe, um Europa zu versorgen, daß aber die Transportmittel unzureichend seien.

Pafel, 8. März. „Morning Post“ meldet aus Petersburg indirekt: Der Zentralrat in Moskau beschloß, der Witwe Liebknechts eine jährliche Ehrenpension von 40.000 Rubel zu bewilligen. Der Geburtstag Liebknechts wurde in die Liste der kommunikativen Feiertage, deren es jetzt 18 im Jahre gibt, aufgenommen.

Berlin, 10. März. Der „Berliner Morgenpost“ zufolge wurden die ersten 125 Tonne amerikanischen Schweinefleischmalges der Stadt Danzig zur Verfügung gestellt. Die Aufgabe an die Bevölkerung soll in dieser Woche erfolgen, vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung erhalten bleibt.

Berlin, 8. März. Die aus dem Haag verbreitete Meldung von der Wiedereroberung Nigas ist nicht zutreffend. Die deutschen Truppen stehen noch in ziemlich weiter Entfernung von Niga.

Seite 8.
e
zig.
1717
MOOS
Baden.
187 L.
der
teilung
llwag
g 1722
Erz.
ngluck
Staatsrat.
George f. d.
Grundzug,
einrichtung,
l. Venschen
Gehalt auf
tät. drei-
heit für alle.
u. N. turoha.
on. Vernein-
u. Sichtung.
erzieh. etc.
Parto 30 Pf.
u. a. Zuschlag.
tafchen
haben in
des
fgeschäfts
52.
bieren
1091
eu
Sonntags
tsamt
das
erwerbe
je 98
1961. :
b 10-12.
unter Co
billig au-
834
ermacher,
e 20.
auer
1030
traße 25.
t
bei
159
3713

Landesversammlung der Soldatenräte.

s. Durlach, 1. März.

Am 28. Februar fand in der Festhalle in Durlach eine Landesversammlung sämtlicher Soldatenräte Badens statt, zu der etwa 205 Delegierte erschienen waren. Die Versammlung verlief, wie erwartet wurde, ziemlich bewegt.

Dem stellv. Vorsitzenden Wohlgemuth wurde nach Begehung der anwesenden Gäste der Rücktritt des jetzigen Vorsitzenden Oberst bekanntgegeben, da dieser den sich in letzter Zeit häufenden Angriffen seitens des Freiburger Kreises sich nicht länger aussetzen wollte und deshalb lieber freiwillig zurücktrat. Ein aus der Versammlung eingegangener Antrag, den auf Einleitung des Landesauschusses erdienten Major Kirch vom Generalstabskommando von der Versammlung auszuschließen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Angenommen und zwar einstimmig wurde ein Ausschlußantrag gegen den Delegierten Hfft. Schmidt vom Gen.-Abd. in Durlach, von dem nachgemeldet wurde, daß er im Auftrage und mit Kräftefragen und Mitteln des Gen.-Abd. im Lande herumgereist war, um „aufklärende“ Vorträge gegen den Landesauschuss und die Soldatenräte zu halten.

Einen Protestsurm der Freiburger Delegierten rief die Ablehnung eines von diesen eingebrachten Antrags hervor, der bezweckte, in der Versammlung die Besprechung einer persönlichen Angelegenheit des früheren Vorsitzenden Oberst herbeizuführen. Die Aufregung steigerte sich bis zum Erregten Verlassen des Saales durch die anwesenden etwa 60 Vertreter des Freiburger Kreises, als seitens der Mandatsprüfungskommission die Ungültigkeitserklärung von etwa 10 Freiburger Mandaten erfolgte. Nachdem sich die Erregung einigermaßen gelegt hatte, wurde die Versamm lungslösung vom Kameraden Spindler vom Landesauschuss übernommen und dem Gen. Wohlgemuth das Wort zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Landesauschusses mit dem Generalstabskommando erteilt. Er führte aus:

Seit Anfang Januar 1919 wurde das Arbeiten mit dem Gen.-Abd. immer unergieblicher, obwohl man sich vorher nicht über allzuviel Entgegenkommen des letzteren zu beklagen hatte. Das bei Ausbruch der Revolution eingeleitete Kriegsministerium Bismarck hat sich nicht nur nicht als Helfer, sondern als Hindernis für die politische Arbeit gezeigt. Die politischen Soldatenräte, welche sich selbst den Kampf gegen den preussischen Militarismus aufnahmen, dem sie, ohne jegliche Unterstützung, bisher jedoch nicht geschwunden waren. Man wird behaupten, daß die Soldatenräte nach erfolgter Wahl zur Nationalversammlung erlöst und aufgehoben seien. Nichts ist falscher als dies. Die Soldatenräte haben nicht ihre Mandate von der Nationalversammlung, sondern von der Revolution. Bis deren Erfolge gesichert sind, müssen die Soldatenräte bleiben. Das Heer darf nur gegen Feindhorden und Spionageunternehmen verwendet werden. Die Korps-Soldatenräte sind die höchsten Träger der Macht. Die in der Landesversammlung der Soldatenräte am 11. Januar festgelegten Richtlinien wurden im besten Glauben in lokale Durchführung seitens des Gen.-Abd. von uns angenommen. Bereits am 20. Januar mußte jedoch bereits gegen die Durchführung angeklagt werden, was sich späterhin bis zur Drohung der Dienstverweigerung steigerte. Die neuen Berliner Richtlinien vom 19. Januar bedeuten eine glatte Rückgabe der Kommando- und Befehlsgewalt in die Hände der Offiziere. Dies wurde vom Gen.-Abd. mit Freude sofort angenommen, abgelehnt jedoch die gleichzeitig in Berlin beschlossene Enttarnung der Mangagezeiten. Anfang Februar mußte die Mithilfe der Regierung gegen das Gen.-Abd. angefordert werden. Am 3. Februar wurde die Regierung seitens des Landesauschusses auf die hochpolitischen Folgen aufmerksam gemacht. Am 5. Februar fand eine Kreisversammlung in Pforzheim statt, in der ein Vertreter des Gen.-Abd. den dortigen Soldatenräten Gewalt angedroht wurde. Es wurden in der Folge Truppen gegen den Landesauschuss mobil gemacht und bei letzterem nach Waffen geforscht, das Gen.-Abd. nahm einen durchaus feindseligen Standpunkt ein. Die am 8. Februar geforderten Gegenmaßnahmen der Verfügungen wurden vom Gen.-Abd. mit den Worten „unbistützelbar“ scharf abgelehnt. Diese Entschlossenheit der Bewegung darf nicht auf die Vorgänge in Norddeutschland zurückgeführt werden, sondern lediglich auf den in Baden noch bestehenden reaktionären, preussischen Militarismus, dem auch wir unterliegen, ohne jedoch die Vorkerrschaft des Militarismus in seiner alten Form anzuerkennen. Am 10. Februar wurde auf einer Landesversammlung die Durchführung unserer Wünsche beim Gen.-Abd. auf irgend eine Art beschlossen. Dieser Beschluß hat durch entstellte Wiedergabe in allen Kreisen viel Staub aufgewirbelt. Am 11. Februar wurde Streik beschlossen oder Enttarnung einiger Offiziere. Am 12. Februar war eine Ministerkonferenz gemeinsam mit dem Landesauschuss und einem Vertreter des Gen.-Abd. Nach weiteren Sitzungen wurde am 15. Februar ein freiwilliges Bataillon nach Durlach verlegt zum Schutz des Gen.-Abd. Am 17. Februar wurde mit dem Eingreifen der russischen Truppen gedroht!

Es standen die Dinge auf Spitz und Knopf und wenn am 19. Februar eine Einigung durch Annahme von vier Richtlinien mit dem Gen.-Abd. erzielt werden konnte, so war dies nur den in vorbildlicher Weise betätigten Bemühungen des Gen. Maier von

der Landeszentrale zu verdanken. Wir belohnen unsere Verpflichtung, ein Schutz der Regierung zu sein. Wir wollen in Zukunft alle Streitigkeiten schlichtend und annehmen, daß der gute Wille und Glauben vorhanden ist. Mit den Soldaten von Stuttgart, dessen Vertreter unter uns weilt, München und Berlin ist Fühlung vorhanden. In den Leberbataillonen müssen Soldaten vorhanden sein, wenn sie nicht Mittel der Reaktion werden sollen. Wir glauben vor der Geschichte und dem Urteil des Einzelnen unser Tun verantworten zu können. (Lebhaftest Beifall.)

Nach einem kurzen Bericht der Aktions-Rechnerkommission ergreift der Delegierte des württembergischen Soldatenrates Hfft. Stuttgart das Wort: Wir Württemberger sind stärker gegen den Militarismus vorgegangen als ihr und deshalb auch weiter gekommen. Wir haben ein eigenes Kriegsministerium gebildet, unterstehend dem württ. Staate. Dadurch haben wir leichter zu arbeiten und haben uns mehr Rechte gesichert und den größten Einfluß auf den Kriegsminister. Wir sind oberstes Organ. Wir haben erklärt, daß wir hinter den badischen Kameraden jederzeit geschlossen stehen, wenn sie uns brauchen. Die Leberbataillone unterstehen bei uns den Soldaten. Wir geben die politische Macht nicht ab, bis wir die Sicherung der Revolution haben. Die Berliner Richtlinien lehnen wir einstimmig ab. Die Offizier-Verlegung darf nur mit unserer Zustimmung erfolgen. Wir stehen hinter dem Post: Freie Wahl dem Nächsten! Alles dies sind keine Nachfragen, sondern Machtforderungen. Arbeiten Sie mit uns zusammen, damit unsere Rechte gesichert werden.

In der anschließenden Aussprache verlangt Werner-Förster das Verschwinden des preussischen Gen.-Abd. und an dessen Stelle ein badisches Gen.-Abd. — Welcher-Konstantz erklärt, mehr Geschlossenheit sei notwendig. Das Volk solle nicht nur Mittel zum Zweck, sondern ein politisches Ziel sein. Wir gehen mit der Regierung, aber nur so weit, wie die Regierung nicht gegen die Soldaten geht. — Mehr-Weinheim wünscht Anschluß an die Sozialdemokratie. — Stadtrat Walter-Heidelberg, Mitglied der Landeszentrale: Der Landesauschuss hat die Regierung rechtzeitig genug in Anspruch genommen. Ich warne vor weitergehenden Forderungen, insbesondere vor der Aufhebung des Gen.-Abd., da die Verhältnisse in Baden eben eigenartig gelagert sind. Die preussische Militärkonvention bedarf nun einmal sachredlich der Abänderung. Eine sofortige Aufhebung ist unzumutbar. Die gemeinsame Lage ist durch den früheren Minister Brümmer verschuldet. — Schneider-Eichlingen: Auch die Soldaten dürfen sich nicht ganz schuldlos fühlen. Der Landesauschuss hat es veräumt, mit Hilfe der Presse die Öffentlichkeit und dadurch die Regierung auf das sich immer mehr verschärfende Verhältnis aufmerksam zu machen. Des Machtmittels der Presse muß sich der Landesauschuss viel mehr bedienen als bisher. Auch die Organisation innerhalb der Landesauschüsse muß eine bessere, straffere werden als bisher. Das „auf eigene Faust arbeiten“ der einzelnen Unterorganisationen muß aufhören. Nur dann werden wir uns die notwendige Achtung und Anerkennung verdienen.

Major Kirch vom Gen.-Abd. leber die Entfernung des preussischen Gen.-Abd. aus Baden hat nur die Reichsregierung zu bestimmen. (Oh!) Des Gen.-Abd. geht nun damit einig, daß durch die Referenten der Soldaten die Schriftstücke und Verfügungen gegenstandslos werden. — Stein-Durlach spricht gegen das Gen.-Abd. Das höchste rechtliche Schutzmaßnahme gab pro Deleat: dem Gemeinen 78 M. dem Feldwebel 210 M. der Offizier erhalte pro Monat 1000 M. — Reinhold-Konstantz: Unteroffizierschule und Kadettenschule sind die Wurzeln der Gegenrevolution. Man muß, wie wir aktiven Unteroffiziere, die Kräfte und Hinterklappen kennen, dann wird man wissen, ob die Gefahr einer Gegenrevolution von rechts oder von links ist. — Dr. Kleinheist-Freiburg: Das Heer ist die Gegenrevolution, es darf nicht mißbraucht werden. Wir Soldaten werden als Kontrollorgan. Unsere Macht ist, daß das Gen.-Abd. uns braucht. Die Personentrage verdient die größte Beachtung. — Kameradschaft-Freiburg: Wir haben die Macht, die wir uns geben; wo Leute geliebt werden, da haben sie auch die Macht. Nicht wollen wir stark gegen die bestehende Institution des Gen.-Abd. arbeiten, sondern praktisch mitarbeiten. Es dürfen keine Offiziere und Mannschaften wegen ihrer politischen Betätigung Widerständigkeiten haben. Wir haben infolge unseres Trunkes seit heute einen badischen Herrn als Chef des Gen.-Abd. erreicht, mit Hilfe der badischen Regierung. — Wohlgemuth-Durlach: Wir müssen versuchen, auf den neuen Vereinbarungen zu arbeiten. Wenn das Gen.-Abd. gehen würde, daß es nicht gewillt ist, mit uns zu arbeiten, dann wäre die Regierung immer noch da, um einzugreifen.

Damit war die Debatte erschöpft. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: Die Landesversammlung befragt vom Landesauschuss, daß er auf dem Verhandlungswege folgende Forderungen beim Generalstabskommando durchdringt: 1. Die Befreiung der Soldatenräte auf 15. März wird im nächsten K. B. B. aufgehoben. 2. Jegliche dienstliche Benachteiligung von Offizieren und Mannschaften, die sich tätig an der Revolution beteiligt haben, hat zu unterbleiben.

8. Es ist den Offizieren vom Gen.-Abd. Weisung zu geben, daß sie sich in und außer Dienst mit Takt den neuen Verhältnissen entsprechend zu benehmen haben.

Nach Erfüllung dieser Forderungen werden wir die Lösung des 14. A. A. von der Befehlsgewalt des preussischen Kriegsministeriums der badischen Regierung überlassen.

Reiner: Die badische Regierung zu ersuchen, sobald als möglich die Geschäfte des 14. A. A. selbständig zu übernehmen. Es folgt nunmehr die Neuwahl der von ihren Ämtern zurückgetretenen Vorstandsmitglieder. Es wurden gewählt: Als gleichberechtigte Vorsitzende: Dr. Kraus, Wohlgemuth, Kurt; als Referenten: Hofeisen, Rathes, Stolzenburg, Melber; als Mitarbeiter: Straub, Spindler, Stein. Nach kurzen Worten des Gen. Kimmle, Mitglied der Landeszentrale, daß eine Kluft zwischen den Arbeitern und zwischen den Soldatenräten nie bestanden habe und daß beide danach streben, nur an einem Stränge zu ziehen und er hoffe, daß nun einmütiges Zusammenarbeiten Platz greift, bemerkt

Dr. Kraus: Ich nehme die Wahl und damit die politische Leitung der badischen Soldatenräte an, weil ich glaube, daß es für die Sache notwendig ist. Wir müssen endlich einmal einen klaren Weg gehen, einen energischen Schritt ziehen gegen rechts und links. Wir wollen mitarbeiten am Aufbau des neuen freien Volksstaates und geschlossen hinter die Regierung stehen. Damit hatte die wohl bedeutendste Tagung der badischen Soldatenräte ihr Ende erreicht.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 5. März. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichtete Krasewski-München über den dortigen Parteitag und erklärt, daß es ihm gelungen sei, einen großen Teil der Reichssozialisten auf die radikale Seite zu bekommen.

Nach einer Anekdote über persönliche Bemerkungen wird von der Kommission dem Parteitag eine Einigungsresolution vorgelesen, in der es heißt: „Die Unabhängige Sozialistische Partei stellt sich auf den Boden des Parteiprogramms, sie unterstützt die Ane in ihren Ansprüchen auf die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbereitung für die Verwirklichung des Sozialismus. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt sich, um dieses Ziel zu erreichen, aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Sie vertritt planlose Gewalttätigkeiten.“ Unter den nächsten Forderungen zählt das Programm dann auf: Die Ordnung der Räte in die Verfassung mit entscheidender Mitwirkung in der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung, Auflösung des alten Heeres, der Freiwirtschaftslehre, Enttarnung des Bürgerrechts, Errichtung einer Volkswirtschaft aus den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterklasse mit Selbstverwaltung, sofortiger Beginn der Verge-fachung der kapitalistischen Unternehmungen, des Großgrundbesitzes usw. Zur Gewerkschaftsfrage wird ebenfalls von Wittmann-Krausfurt eine Entschließung vorgelegt, in der die Parteimitglieder der U.S.P. aufgefordert werden, nicht aus den Gewerkschaften auszutreten, sondern in ihnen sich zu betätigen, damit die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückgeführt werden. Es wird beantragt, eine Zentralkommission zur Beobachtung der Gewerkschaften in ihrer Entwicklung und ihrer Tendenz einzusetzen. Die Entschließung wurde angenommen. Leber die Entschließung zum Parteiprogramm trat man in Einzelberatungen ein.

Däumig bezieht sich auf den russischen Bolschewismus und bezeichnet es als einen Skandal, daß die Partei ausgesprochene Gegner des Bolschewismus wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein, zum internationalen Kongress nach Bern geschickt habe. Unter lebhafter Zustimmung des Parteitag erklärte er, daß in der revolutionären Internationale mit Reformsozialisten vom Schlage eines Branting, Krotzka, Krenkel nicht zusammengepackt werden dürfe. Kipp und Klar müßten sich der Parteitag auf den Boden des Räte systems stellen und in der Frage der Nationalversammlung scharfe Grenzlinien gegenüber der bürgerlichen Demokratie ziehen. (Wäftige Zustimmung.)

Berlin, 6. März. Die Unabhängigen haben in den Vorstand Crispin (Stuttgart) und Gaje (Berlin) gewählt. Es sollten zuerst Haase und Däumig gewählt werden, doch hatte Haase erklärt, daß er mit diesem nicht zusammen arbeiten könne.

Der Parteitag der Unabhängigen, der gezeigt hat, daß sie alles eher sind, als eine feste in sich geschlossene Masse, ist von Haase mit einem Affektprogramm beehrt worden, das an Komik kaum zu überbieten ist. Wir greifen für heute aus seinen neuen Leisungen die im wesentlichen nur das demagogisch aufmachen, was die gegenwärtige Regierung praxis in Angriff genommen hat, zur Probe den Punkt 9 heraus, der sich mit den ausstehenden Fragen beschäftigt. Er lautet: „Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Arbeiterrepublik und zu Polen.“ Polen hat bekanntlich die deutsche Gefandtschaft ausge-

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thiemer. (Nachdruck verboten.)

Am nächsten Tage hatte sie Glück — sie überreichte einen Hahn bei der Jagd. Der Raubvogel legte dem armen Kampe mit seinen scharfen Klauen und unangenehmen Schnabelstichen zu, so daß das Opfer bereits blind war und anscheinend in den letzten Augen lag. Margarete vertrieb den Vogel mit einem Steinwurf, machte den Leiden des armen Hahn ein Ende und trug ihn als gute Beute mit sich fort. So brachte sie fast jeden Tag etwas Brauchbares, wenn auch nicht immer etwas Genießbares nach Hause. Einmal entdeckte sie im Gebüsch einen hier von irgend einer Soldatenabteilung zurückgelassenen Munitionskarren. Sie füllte ihren Sack reichlich mit Kugeln und Pulver, nahm auch eine der schweren Musketen mit sich, die oben auf lagen, und kehrte in der Folge noch ein paarmal nach dem Wäldchen zurück, um weitere Vorräte von Munition zu holen, sowie die vorhandenen Musketen in Sicherheit zu bringen.

„Jetzt haben wir ein wahres Arsenal von Waffen.“ rief der junge Schwede vergnügt. „Wir können schon eine Belagerung aushalten, Margarete.“

Er lag nun nicht mehr den ganzen Tag auf seinem Raubbette, sondern fand stundenweise auf, ihr im Haushalte zu helfen. Denn Margaretes Tagewerk war keine Kleinigkeit. Morgens erhob sie sich zeitig, wusch sich und sträubte ihr Haar, säuberte Feuer an und bereitete das Frühstück. Nach der Mahlzeit ging sie in den Wald, Holz und Viehwägen zu holen, dann trat sie ihre Forstungstreife an, von der sie meist erst am Nachmittag heimkehrte. Nun küberete sie das Lager, reinigte die wenige Wäpde, bereitete das Abendmahl. Sollte sie dann die wenigen Geräte gereinigt, beschäftigte sie sich noch ein Stündchen mit der Ausbesserung ihrer Kleidungsstücke, wusch er neben ihr sah und ihr von seiner Heimat und seinen Kriegserlebnissen erzählte. Es wurden diese Stunden beiden zu den traumlichsten des Tages und oft noch, bevor sie einschlief, wachte Margarete im Geiste bei den interessantesten Schilderungen und wunderte sich, was er doch für ein vieljährig unter-

richteter Mensch und wie fein sein Anstand und seine Bildung sei.

Arne war auch nicht müde, im Rahmen seiner Kräfte half er unermüdet an der Verbesserung und Verschönerung ihres Haushaltes arbeiten. Aus pallenden Holzstücken, die er in der Nähe des Hauses auffand, hatte er ein paar plumbe Keller hergerichtet, sowie noch ein paar Böhlen und einen Becker. Mit unerschöpflicher Geduld schnitzte er an ein paar großen Holzstücken, bis sie zum Sitzen geeignet erschienen, und die Stelle der fehlenden Stühle zu ersetzen vermochten. Die Tür besserete er aus und verdrängte die Verstopfung der Fenster. Er mußte auch die Umgegend mit größtem Scharfsinne ab als seine Gehörlein und entdeckte in einem Keller eines der Säuer eine verstaubte verborgene Truhe mit allerhand Kleidungs- und Wäscheartikeln. Die Bewohner hatten die Sachen vor den Soldaten verborgen, waren aber entweder durch den Tod oder durch die Wiederebenutzung verhinbert worden oder hatten in Folge anderer Umstände ihre Wohnung räumen müssen. Obwohl die Wäpde von großer Reinheit war und die Kleider von der Art, wie sie arme Bauernleute eben trugen, so waren sie un-lernen Einfiedlern doch höchst willkommen. Margarete wusch sie zurechtzustutzen und waschend zu machen, indem sie dazu den Zipfen benutzte, den beide durch Austrimmen der bis dahinigen Nähe gewonnen. Auch dem Wäpde stellte er nach, leute Ballen für Heien und die zahlreichen Kaninchen und lieferte manchen der schmachhaften Exemplare vor allem der letzten Tiergattung in den Klostern. Auch mehrere Eichhörnchen, die es ihm zu schleien gelang, wurden äußerst wohlbedacht befannt.

Die Decke, worauf er lag, hatte er gleich anfangs Margareten wieder angeboten. Ihre Weigerung ardm er nicht an, er habe den Mantel, ihr komme die Decke zu, so hätte man schließlich geteilt.

So verließen vier Wochen. Es ging herauf auf das Ende des Aprilmonats zu, die Sonne lockte überall Gras und Blüten hervor und sämliche die Laubbäume mit neuen Blättern. Margarete erklärte, es sei nun Zeit für sie, ihr zu reisen. Daher stellte er sich kräftiger, als er war, um den Augenblick der Trennung hinauszuschieben.

„Wo wollt Ihr hin, Margarete?“ wandte er ein. „Ihr habt weder Heimat noch Eltern mehr — was wollt Ihr anfangen in der Welt?“

„Ich habe noch Verwandte in Wöllnitz — wenigstens hoffe ich, daß mein Oheim und Wäp Barbara mit ihrem Manne noch am Leben sind.“

„Ich hoffe es.“ Und wenn es wirklich der Fall ist, begehrt Ihr Euch nicht in dieselbe Lage zurück, der Ihr vor einem Monat mit vieler Mühe entronnen seid?“

„Sinnend lenkte er den Kopf.“

„Wohl wahr,“ gab sie endlich zu. „Aber es geht nicht anders. Der Krieg muß ja doch einmal ein Ende nehmen.“

„Aber er hat es noch nicht genommen, und die Unsicherheit ist größer als je. Hier habt Ihr eine Art Heim gefunden, in dem Ihr geschlichtet seid als anderwärts. Soll ich Euch meinen Dank dadurch abflaten, daß ich Euch dieses Zukunftsortes be-raube?“

„Gott wird mich einen andern finden lassen.“

„Wird wohl? Warum wollt Ihr überhaupt gehen? Ich bin es, der zu gehen hat. Ihr seid die rechtmäßige Eigentümerin des Häuschens und Wäp.“

„Um Gotteswillen,“ rief sie erschrocken. „Ihr dürft nicht gehen. Eure Leute sind weit entfernt, sobald Ihr Euch zeigt, ist Euer Leben keinen Augenblick mehr sicher. Ihr wißt, wie man die Soldaten hakt und wie man die Gelegenheit, sich an einzelnen zu rächen, sucht und erweist.“

„Das ist auch wieder wahr, Margarete. Aber wenn ich nicht gehen kann, so könnt Ihr ebenowenig allein hier bleiben. Jeder Tag kann die Gerummeltrichter irgend eines Soldaten-trupps hierher führen, was dann?“

„Seine Verlassenheit zeigt, daß es trotzdem alle Säreden des Krieges empfinden hat. Nur weil hier nichts mehr zu holen ist, bleibt man ihm fern.“

„Eben deshalb werde ich gehen, Herr. Ich bin bekannt im Lande, bin ein Kind des Landes, ich finde leichter eine Bu-flucht als Ihr, der verhasste Fremde. Morgen werde ich gehen.“

„Tut nicht morgen — nur noch drei Tage leistet mir Ge-fellschaft. Glaubst mir, ich sühle mich noch nicht stark genug zum Alleinbleiben.“ (Fortf. folgt.)

Nicht aus irgendwelchen Gründen der politischen Richtung, nicht weil die Personen der deutschen Vertretung ihr unheimlich gewesen wären, sondern weil der Deutschenhaß in Paris-Lau- rigny so groß ist, daß keine politische Regierung auf die Dauer die deutschen Vertreter zu sich in der Lage, die Beziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen, während die deutsche Regierung dazu in jeder Stunde bereit ist. Da der Abbruch der Beziehungen erfolgte, als Haase die Auswärtigen Angelegenheiten leitete, kennt er den Sozialismus ganz genau und treibt mit seiner Förderung eine ganz besonders schamlose Demagogie, weil er bei seinen Unabgängigen den Anschein erweckt, als hätte Deutschland die Beziehungen zu den Russen abgebrochen.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetrepublik bedeutet hingegen sofortigen Abbruch der Verhandlungen in Spanien und Trier. Die Entente liefert uns kein Getreide und keine Milch, wenn wir es zugleich mit Sowjet-Rußland haben. Deshalb haben Haase und Staatsrat, als sie in der Lagerung liegen, sich in Trier und Trier gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen nach Berlin gewehrt. Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetrepublik heißt Vertreibung von Hunderttausenden Deutschen zum Hungertode. Haase weiß das, Kaufisch weiß das — beide haben es im Kabinett wiederholt erklärt, und sie fordern es doch. Da hört überhaupt jede Diskussion auf, weil man nicht mehr zurechtfinden kann, welche Moral diesem verantwortungslosen Treiben zu Grunde liegt.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 8. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.

In Fortsetzung der

Beratung des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft

Abg. Gense (U. S.) aus: Die breiten Massen der Arbeiter werden mit vollem Recht von der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Daß die Vorlage ohne Begründung ergeht, wird von meinen Freunden sehr beklagt. Mit der Eile kann man das nicht entschuldigen, denn die Sozialisierung des Bergbaues und einer ganzen Anzahl anderer Betriebe ist eine Aufgabe, deren Lösung die Arbeiter längst gefordert haben. Nach Ansicht meiner Parteifreunde kann die Sozialisierungsfrage nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg und dessen Begleiterscheinungen aus dem sozialen Gleichgewicht gekommen, haben aber auch Einblick gewonnen in das Wesen und in die Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihre Ungebarkeit in ihren Forderungen sollte man zu verstehen suchen, statt sie zu verurteilen und zu dem Zwecke zu kommen: Gewalt gegen Gewalt. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, daß die Schwierigkeiten gerade gegenwärtig sehr groß sind. Ein Fehler ist es auch, daß man beim Bergbau nicht mit der Produktion anfängt. Gewiß bestehen Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Auslandskonkurrenz. Durch die Sozialisierung werden die Arbeiter anderer Länder ermutigt werden, uns zu folgen. Die Sozialisierung wird auch kein Hindernisgrund für den internationalen Handel sein. Arbeitslosigkeit und der Idealismus der Arbeiter werden gewaltig angefaßt werden. Wir stehen der Sozialisierung ruhig und nüchtern gegenüber. Ihre Schwierigkeiten sind groß, man muß deshalb die nötige Vorsicht walten lassen, die aber in der Regierungsvorlage zu weit geht. Ich hoffe, daß das Drängen der Massen draußen, das weiter gehen wird, die Regierung dazu zwingen wird, sehr bald mit anderen und besseren sozialen Vorlagen kommen zu können.

Abg. Eugenberger (D. R. P.): Meine Partei wird entsprechend ihrem Programm mit jeder Art der Sozialisierung einverstanden sein, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprechen. Man kann aber nicht so sozialisieren, wie die beiden oberflächlichen Vorgesetzten es wollen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft. Wenn jetzt das Demagogentum der Straße, das sich dem Internationalem entgegenstellt, von der Regierung gestützt wird, so nimmt man den Privatbetrieben das Lebenselement. Der sogenannte Selbstverwaltungskörper — auf deutsch Kriegsgesellschaften — wird in der Praxis nicht viel schlimmer sein, als die Verstaatlichung. Das deutsche Volk wird und muß wieder erkränkt werden. Ohne freie Wirtschaft gibt es aber keine Erleichterung. Die in dem Gesetze vorgezeichnete Aufsicht des Reiches bedeutet weiter nichts, als daß der Zedenbesitz auf Umwegen ohne Entschädigung aus seinen sämtlichen Privatbetrieben herausgeholt wird. Das ist Verwirklichung des Kommunismus. Und wird dieser Weg beschritten, so würde unsere Volkswirtschaft auf Grunde gerichtet werden und sie alle werden fächer weinen. Die Gemeinwirtschaft wird eine Zwangswirtschaft sein und sich bei jedem Kohlenverbraucher im Lande bemerkbar machen. Mit dieser Vorlage wird unter Zustimmung der bürgerlichen Regierungsmittel der Ideal der entschädigungslosen Reichsentscheidung des gesamten deutschen Bürgertums aufgepfanzt. Durch Nachgiebigkeit will man dem Bolschewismus einen Damm entgegenetzen. Das Gegenteil ist eintreten. Wir stellen den Antrag, beide Vorlagen einem Ausschuss zu überweisen. Unsere Bitte, die Vorlagen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückzugeben, hat leider keine Aussicht auf Erfüllung.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Behauptung, die Regierung habe unter dem Druck der Straße diese Vorlage gemacht, weise ich auf das entschiedenste zurück. Mit solchen Behauptungen gehen Sie nur den Leuten, die uns durch Gewalt auf der Straße zwingen wollen, die Überzeugung, daß sie in der Tat nur Gewalt anzuwenden brauchen, um etwas zu erreichen. Wir haben jetzt, wo der Augenblick dazu gekommen ist, angefangen, unser Regierungsprogramm zu verwirklichen. Bei der Eisenbahnverstaatlichung haben die Privatbahnbesitzer genau so getobt, wie jetzt Herr Eugenberger und seine Freunde, der auf das Haus den Eindruck eines schwervereizten Interferenten macht. Die Unterstellung, als sei das deutsche Volk unehrlich, weiß ich entschieden zurückzuweisen. Gegenüber Verbrechen werden wir mit äußerster Entschlossenheit und Unbeugbarkeit die Gesetze handhaben. Ich mache kein Hehl, daß ich die Waffenerei in diesem Augenblick als politisches Kampfmittel verwerfen muß. Er war in diesem Augenblick ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke. Es ist aber Pflicht der Regierung, daß sie auf Forderungen nicht mit neuen Vorhaben antwortet, sondern den herkömmlichen Rezen herauszufinden sucht und das tut, was dem Allgemeinwohl dient. Das glauben wir am besten zu tun, wenn wir nach den politischen Verhältnissen jetzt auch die wirtschaftlichen lösen, wenn wir die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitbewerbern des wirtschaftlichen Lebens machen. Was hier geschieht, ist ein waldurchdrachter Plan, der nicht scheitern kann. Was die Sehnacht von Millionen in allen Ländern der Welt gewesen ist, seit es eine Arbeiterbewegung gibt, das soll hier zum erstenmal zur Tat werden. Darin soll die deutsche Republik ein Vorbild der ganzen Welt sein, daß sie die Tat entschlossen und ohne Zaudern durchführt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Die Kapitalisten sind in manchen Betrieben vollständig überflüssig geworden. Nach dem Zusammenbruch der alten Gesellschaft müssen die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen. Es wird eingewendet, die Sozialisierung der Bergwerke erleichtere der Entente die Beschaffung. Ein englischer und französischer Volk wird man eher geneigt sein, den schwerindustriellen Annehmlichkeiten etwas nachzugeben als dem schamlosen deutschen Volk. Kein Mensch denkt in Deutschland daran, nach bolschewistischem Muster den Kapitalismus einfach zu zerstören. Die Sozialisierung in der vorerwähnten Form wird uns aus dem wirtschaftlichen Chaos herausbringen.

Abg. Imbusch (Zent.): Mancher staunt über das Verlangen der breiten Massen nach Sozialisierung. Er würde nicht staunen, wenn er sich mehr in die Gefühle der breiten Volksmassen hineinversetzen könnte. Trotz der glänzenden Entwicklung war doch in unserer Wirtschaftsordnung nicht alles vollkommen, und das schlimmste war, der Arbeiter wurde bisher nicht als Gleichberechtigter gesehen, er kam nicht als Mensch zur Geltung, sondern nur als Arbeitskraft. Aber wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Während des Krieges wurde die Produktion der arbeitenden Menschen und die Verteilung des Geldes auf die Spitze getrieben. Soll aber sozialisiert werden, so kommt der Bergbau in erster Linie in Frage. Von einer entschädigungslosen Enteignung kann gar nicht gesprochen werden. Es ist ein alter Satz, daß die Bedeutung der Gesamtheit gelte. Der Kohlenhandel ist längst ein Privatmonopol geworden, das jetzt durch ein Reichsmonopol ersetzt wird. Dazu sind gar nicht sehr weitgehende Eingriffe nötig. Die Prophezeiungen von einem bedrohlichen Untergang sind nicht so tragisch zu nehmen. Welche Prophezeiungen in früheren Zeiten sind nicht in Erfüllung gegangen. Den Hauptwert legen wir auf eine Sozialisierung der Gewinne.

Abg. Wallbaum (Deutsch-Nat.): Wenn die Regierung glaubt, durch diese Vorlagen die revolutionären Gemüter beruhigt zu haben, so ist sie im Irrtum. Wir lehnen die Sozialisierung nicht grundsätzlich ab. Die Preispolitik des Kohlenhandels hat zu einer enormen Belastung des deutschen Volkes geführt. Wäre man in der Schwerindustrie früher zu der Erkenntnis gekommen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, wäre manches in den letzten Monaten unterblieben. Bei dem Mangel an Pflicht- und Vaterlandsgelübden in den Massen ist die Sozialisierung ein gewagtes Experiment. Eine Gefahr liegt auch darin, daß die Initiative der Unternehmer und Betriebsleiter nicht mehr so zu spüren sein wird, wie in der Vergangenheit. Wenn das Experiment der Sozialisierung nicht den gewünschten Erfolg hat, so ist es mit unserer Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber auf unabsehbare Zeit vorbei. Wir verlernen aber nicht, daß manche Betriebe von Staat oder Kommune in eigenen Betrieb übernommen werden können. Auch bei der Durchführung der Sozialisierung werden noch Millionen Arbeiter in Privatbetrieben tätig sein. Deren Not müssen wir erleichtern, indem die Organisation der Arbeiter und deren Berechtigung, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, anerkannt wird.

Reichsminister Gieseler: Das Kabinett ist in der Frage der Sozialisierung vollkommen einig. Die Vorlagen sind kein Zugeständnis an die Revolution, sondern sie sind ein Zugeständnis an den Geist der neuen Zeit. Wir stehen noch mitten drin in der sozialen Revolution. Wer sich ihr widersetzt, der treibt Deutschland in die Anarchie und das Chaos hinein. Eingriffe in das Eigentum werden kommen und sie sind auch notwendig, denn die skandalöse Eigentumsverteilung, die wir vor dem Kriege gehabt haben, dieser überspannte Eigentumsbegriff, sind nicht zuletzt der Untergrund der sozialen Unruhe, unter denen wir zu leben haben und damit auch der Revolution selbst. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen könnte, würde bei weitem nicht so schlimm sein als das, was durch das Kohlenmonopol den Verbrauchern zugefügt werden ist. Wenn auf die Gefahr des Bolschewismus hingewiesen wird, so wird niemand der Regierung vorwerfen können, daß sie nicht alle Machtmittel angewandt hat, um die Gefahr zurückzubringen. Aber wer hat denn bei uns in Rheinland-Westfalen erst dieser Gefahr den Boden gebetet? Die Vertreter des Großkapitals, die uns jene russischen Arbeiter importiert haben, die jetzt die Träger des Bolschewismus sind. Es muß ein Weg gefunden werden, um die Arbeitslosigkeit des Volkes zu erkalen und das ist der Weg einer der nächsten Sozialisierung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Grelsen (Dem.): Wir sind der Ansicht, daß mit der Durchführung der politischen Demokratie die Entzündung noch nicht abgeklungen ist, daß die wirtschaftliche Demokratie folgen muß. Wir wollen keine wahllose Sozialisierung, die möglichst viel und möglichst schnell sozialisieren soll.

Reichsfinanzminister Wüst: Schon Mitte Februar habe die Regierung einer Abordnung der holländischen Bergarbeiter ihr Einverständnis mit der Schaffung von Betriebsräten ausgesprochen. Das ist den Bergarbeitern verständlich worden (Hört, hört!) und deshalb haben die Bergarbeiter unter Führung des Vorredners den Generalstreik beschlossen. (Hört, hört!) Von einer freien Vertretung des Unternehmens kann unter der Herrschaft des Kohlenmonopols gar keine Rede sein. Es geschieht weiter nichts, als daß das Privatmonopol, das Ausbeutungszwecken diente, einem Staatsmonopol Platz macht, das im Dienst der Allgemeinheit arbeitet. Terroristische Akte gegen widerwertige Unternehmer sind vom Kohlenmonopol bis zur wirtschaftlichen Vernichtung angewendet worden. (Sehr richtig! links.) Da soll unsere Wirtschaft gedeckelt werden, wenn man einen Teil in den Besitz der Gesamtheit überläßt? Herr Eugenberger nennt die Sozialisierung eine Zwangswirtschaft, aber einen größeren Zwang als in diesen monopolistischen Betrieben wird es in der Sozialisierung nicht geben! Aber das Durchhalten im Kriege war nur möglich durch die Unterordnung des einzelnen unter das Ganze. Diese Kriegswirtschaft müssen wir auch weiter noch auf obere Zeit beibehalten und alle Kräfte in den Dienst der Gesamtheit stellen. Aber ich betone nachdrücklich, daß wir uns von den Methoden der Kriegswirtschaft mit aller Entschiedenheit abwenden werden! Damit schließt die erste Debatte.

Die Gegenüberstellung: gehen an den Reichshaushaltungs- Ausschuss. — Nächste Sitzung Montag nachmittags 1 Uhr: Interpellation über die Sicherstellung der Ernährung. Sitzung nach 3 Uhr.

Baden.

Ein Demonstrationzug in Bruchsal.

G. Ein impotente Demonstration veranstaltete am Freitag nachmittags das „Reichswehrministerium“ zusammen mit der Sozialdem. Partei. Es mögen gut 1500 Personen gewesen sein, die sich auf dem Bahnhofplatz beim „Kaiserhof“ eingefunden hatten. Genosse Brunst-Karlruhe sprach über „Ernährungs-, Wohnungs- und Gefangenentrag“. Meißer Beifall wurde dem Redner zuteil. Eine Resolution, die an den Präsidenten der derzeitigen Volksregierung sowie an die Nationalversammlung gerichtet ist, fand einstimmige Annahme. Ein ständiger Zug bewegte sich sodann vor das Rathaus, von dessen Balkon Abg. Reichsbach eine patende Ansprache an die Versammlung richtete. Eine weitere Resolution an die Adresse der Stadtgemeinde kam zur Verlesung und fand ebenfalls Annahme.

Die Nationalversammlung hält am Mittwoch den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, die nächste öffentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Begründung und Verantwortung der Interpellation des Abg. Müller-Karlruhe und Genossen, den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr., und der mündliche Kommissionsbericht über den Eisenbahnbetrieb, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr. Beide Gegenstände dürften höchstes Interesse beanspruchen.

Eine niederträchtige Leistung. Zu den kleinen Zentrumsblättern drohen in Lende, die in der Gewissenlosigkeit und Niederträchtigkeit in der Hetze gegen den Gegner das Menschengewisse leiten. Ach der in Bild erscheinende „Acher- und

Bühler Vole“. In seiner Nummer 51 vom 1. März bringt dieses Blatt eine Notiz aus Bühlertal, in der mitgeteilt wird, daß am letzten Sonntag dort ein spartakistischer Putz gewesen sei. Man hätte mehrere Gebäude besetzen und ihre Kassen plündern wollen. Wir wissen nicht, inwieweit die Vermutung berechtigt war, ob wirklich Spartakisten auch in jener Gegend ihr Unwesen treiben wollten. Eine Gemeinheit ist es aber, wenn das Zentrumsblatt den etwa beabsichtigten Spartakistenputz mit unserer Partei in Verbindung bringt; schreibt doch das Blatt weiter: „Nun verstehen wir die ansehnliche sozialdemokratische Versammlung im Gasthaus zum „Wolf“ etwas besser, ein Lokal, in dem man manchmal seines Lebens nicht sicher ist.“ Da haben wir ein Musterbeispiel jener infamen Hetze, die die kleine Zentrumsprelle gegen die Sozialdemokratie landauf, landab treibt. Die Redaktion des Blattes weiß so gut wie wir — wir halten sie meistens nicht für so dumm, daß sie nicht einmal dies müßte — daß es keinen erbitterteren und schärferen Gegner der Spartakusheerfahrt gibt, als die Sozialdemokratie, und daß die Spartakisten die Sozialdemokratie mehr hassen und bekämpfen, als das Bürgerturn! Aber dennoch bringt ein so elender Witz den Mut auf, der Sozialdemokratie die Schandtat jener Geleiten an den Hals zu hängen. Das Blatt weiß ja, der wenig urteilsfähige Leser auf dem Lande weiß das nicht so gut zu unterscheiden, er fällt leicht auf solche geschickt aufgemachte Schwindereien herein. Wir verwahren uns auf das schärfste gegen diese niederträchtige Verleumdung durch den „Acher- und Bühler Vole“. Eine Zurücknahme oder Milderung verlangen wir von dem Blatte nicht, das wäre von solchem Papier zuviel verlangt.

Sozialdemokratische Interpellation. In der letzten Sitzung der bad. Nationalversammlung wurde von der sozialdem. Fraktion eine Interpellation über den Schutz der Bauernbetriebe eingebracht. In der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß im letzten Landtag eine ähnliche Interpellation die Zustimmung des Hauses gefunden habe, in der Sache selbst aber von der alten Regierung nichts getan worden sei. Die bad. vork. Volksregierung wird aufgefordert, die zum Schutz der bei Bauern beschäftigten Personen bestehenden Vorschriften auszubauen.

Die Gemeindevahlen. Troßdem die Beratungen über das neue Gesetz betr. die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung im Justizauschuss der Nationalversammlung sehr beschleunigt werden, wird es doch nicht möglich sein, wie das ursprünglich beabsichtigt war, die Wahlen überall im Lande noch im April abhalten zu können. Nur die kleinsten Gemeinden werden voraussichtlich in der 2. Hälfte des April ihre Gemeindevertretungen neu wählen. Die Fertigstellung der Wählerliste und die Einreichung der Wahlvorläufe 10 Tage vor der Wahl bringt es mit sich, daß die Wahlwahlen erst am 4. oder 11. Mai vor sich gehen können, zumal auch die meisten Sonntage im April mit kirchlichen Feiertagen belegt sind, an denen eine im Verfassungsgesetz vom Verfassungsausschuss erfolgte Bestimmung gemäß, keine Wahlen vor sich gehen sollen.

Eine amerikanische Kommission in Mannheim. Bei dem Besuche der amerikanischen Kommission in Mannheim schilderte Bürgermeister Dr. Finter die trostlose Lage der Ernährung der Mannheimer Bevölkerung. Vom Standpunkte des Arztes aus wurden sie vom Direktor des Krankenhauses Dr. Kihling und vom Standpunkte des Sanitätsleiters aus von Dr. Schott ergänzt. Redakteur Harpuder von der „Volksstimme“ sprach über die realistische Lage, soweit sie mit den wirtschaftlichen Zuständen in Zusammenhang steht. Oberbürgermeister Kutzer und Stadtrat Schneider unterzählten diese Ausführungen und Kommerziant Venzel gab ein Bild von dem belagerten Zustande, in dem sich die Mannheimer Industrie befindet.

* Durlach, 10. März. Das Konzert der 109er Kapelle gestern abend im Saale der Festhalle hatte sich eines recht guten Besuchs zu erfreuen. Herr Obermusikmeister Bernhagen hatte ein prächtiges Programm zusammengestellt. Die Wiederholung der einzelnen Nummern löste jeweils lebhaften Beifall aus. Die Musiker zeigten, daß sie auch auf Streichinstrumenten Künstler sind, die verschiedenen Vorträge — es seien nur der Krönungsmarsch aus der Oper „Der Prophet“, das Vorspiel zu „Kosmische“, „Anitra“ aus „Peer Ghatt“, ein Potpourri aus „Margarete“, der Strauß-Walzer „Geschichten aus dem Wienerwald“ u. a. erwähnt — wurden sehr sauber und bis ins Kleinste abgetunt wiedergegeben, im ganzen durchweg treffliche Leistungen.

r. Durlach, 9. März. In 11. Am Samstag vormittag gegen 12 Uhr wurde auf der Hauptstraße vor dem Gasthaus zur „Krone“ der aus Karlsruhe stammende Sanitätsfeldat Winter von einem Sanitätsautomobil angefahren, umgeworfen und am Kopf erheblich verletzt. Er wurde ins städtische Krankenhaus verbracht.

Der v. Baden-Land, 7. März. Der 57jährige Dienstknecht, Theodor Schneyf kam in das Räderwerk der hiesigen Mühle und wurde getötet.

W. Mannheim, 7. März. Hier ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Ruhe und die Sicherheit in der Stadt wieder völlig hergestellt. Es sind schon eine Reihe von Personen verhaftet, die am 2. Februar und den darauffolgenden Tagen verbrecherische Handlungen durch Raub, Plünderung und Gefangenenerbreitung begangen haben. Auch die Polizei in Mannheim ist verstärkt worden. Erhebliche Waffenvorräte wurden bei einzelnen Personen beschlagnahmt. Die Regierung wird auf energische Durchführung der Waffenablieferung bestehen. Das ist im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig. Es muß aber auch ganz allgemein dafür gesorgt werden, daß gestohlenen und geraubtes Heeresgut wieder in den Besitz des Staates kommt. Mit dem Eingreifen in Mannheim hat die Regierung den festen Willen bekundet, überall in Stadt und Land den Gesetzen die Achtung zu verschaffen, ohne die der Staat nicht bestehen kann.

* Die Einbürgerung belgischer und französischer Kriegsgefangener. Die „Karlsruher Zeitung“ teilt halbamtlich mit: Die ausnahmweise Einbürgerung belgischer und französischer Kriegsgefangener wird von der Reichsregierung für unbedingt gehalten, wenn die Ablehnung des Einbürgerungsantrages eine Härte für deutsche Reichsangehörige bedeuten würde, wenn ferner die Umstände ergeben, daß der Antragsteller dauernd im Inlande zu verbleiben gedenkt und wenn durch längere, mindestens einjährige Verweilung in der Freiheit seine Gewinnung genügend erprobt ist.

Angänderungen. Vom Montag, 10. März ab, treten im Personenverkehrsverkehr folgende Änderungen ein: Der Zug 896, Bühl (Baden) ab 4.45 vorm., Offenburg an 5.40 vorm., fällt auf der Strecke von Bühl bis Appenweier weg. — Der auf der Strecke von Nöfingen bis Eppingen für die Personenbeförderung freigegebene Güterzug 721 (W) verkehrt künftig von Nöfingen bis Eppingen wie folgt: Nöfingen ab 6.57 vorm., Eppingen an 7.06, ab 7.30, Eppingen an 7.53 vorm. Die weiteren Verfahrpläne und alles übrige ist aus den Fahrplanaussagen zu ersehen und bei den Stationen zu erfragen.

Aus der Partei.

Auf dem Boden der sozialistischen Demokratie. In einer Vertrauensmännerversammlung der sozialdem. Partei in Mannheim wurden Entschlüsse gefasst, in denen u. a. erklärt wird, daß die Vertrauensmännerversammlung entschieden auf dem Boden der sozialistischen Demokratie steht und daß die gewerkschaftliche und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter sich nur an den Generalstreik und Parteistellungen unternehmen und Demonstrationen beteiligen.

Sttlingen, 9. März. Amtsbezirk Sttlingen. Am Sonntag, 16. März, vormittags 10 Uhr beginnend, findet im Gasthaus zum „Widen Mann“ in Sttlingen eine Konferenz statt. Tagesordnung: Gemeindevahlen. Wir erlauben die Mitgliedschaften, hierzu Delegierte zu entsenden. Die Gemeindevorteiler der Orte werden ersucht, vollständig an der Konferenz teilzunehmen. Den Mitgliedschaften gehen diese Beschlüsse zu. Der Bezirksauschuss.

Soziale Rundschau

1. Weingarten, 3. März. Nun hat auch der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer seinen Eingang in unserer Gemeinde gehalten. Am Samstag, 1. März, wurde im Gasthaus zum „Lamm“ eine Ortsgruppe gegründet, der sofort 20 Kameraden beitraten. Der vorläufige Vorstand besteht aus den Kameraden Trautwein, Vorsitzender, Busch, Schriftführer, Winteringer, Kassier. Der Reichsbund breitet sich immer mehr aus.

1. Rastatt, 27. Febr. Die Damen der Mitglieder des Propagandaausschusses, welche Anmeldungen zur Aufnahme in den Konsumverein entgegennehmen, sind: 1. D. Wellert, Mechaniker, Ritterstraße 13; 2. N. Meißner, Friedrichsring 17, 3. St.; 3. Maier, Bermeister, Firma Treßger; 4. Langhans, Weberstraße 2a; 5. Hemmer, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse; 6. Brüdner, Demist, Kaiserstraße; 7. Wunsch, Privatier, Schiffsstr. 11; 8. A. Gans, Buchdrucker, Augustastr. 62; 9. Maish, Zugführer, Friedrichsring 11; 10. J. Mitle, Schriftf. Kaiserstr. 60; 11. Fel. Böttig, Schiffsstr. 11; 12. Frau Matuschinski, Friedrichsring 11; 13. Frau Klump, Wilhelmstr. 8; 14. Eitel, Augustastr. 11; 15. Schmalholz, Augustastr. 60; 16. Ruff, Karlsruferstr. 7; 17. Nieder, Mautentalerstraße 6.

1. Rastatt, 5. März. In der gestrigen Propagandaausführung des neugegründeten Konsumvereins wurde zur Wahl eines provisorischen Vorstandes geschritten. Trotz anfänglichen Sträubens wegen Arbeitsüberlastung erklärte sich Herr Prof. Dr. Busch doch schließlich bereit, die 14tägige Frist zu übernehmen. Herr 2. Vorsitzende, Herr Mitle, der schon bisher die Gründungsarbeiten auf sich genommen hatte, wird auch weiterhin die Vorstandsgeschäfte erledigen. Zu seiner Entlastung wurde Herr Langhans als Schriftführer gewählt. Als Kassier hätte man wohl kaum einen geeigneteren Mann finden können, als den Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, Herrn Hemmer. Als Beisitzer wurden gewählt: Frau Busch, Frau Klump, Herr Maish und Herr Wellert. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß sich der Vorstand aus Herren und Damen von den verschiedensten Ständen und verschiedensten Berufsgruppen zusammensetzt und auf diese Weise ein einheitliches Zusammenarbeiten zwischen allen Kreisen der Bevölkerung gewährleistet ist.

r. Offenburg, 4. März. Gegen den bad. Baubund. Am Sonntag fand auf Veranlassung des Gewerkschaftsausschusses eine Aussprache über den Antrag des Stadtrats an den Bürgerausschuss betreffs: „der Niederlassung des Baubundes“ statt. Der Gewerkschaftsausschuss, der Syndikus der Handwerkerkammer Gertz und der Geschäftsführer des Baubundes Rudolf waren erschienen. Folgende Resolution gelang zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung spricht sich dahin aus, daß ein Bedürfnis zur Errichtung einer Niederlassungstelle des badischen Baubundes in Offenburg nicht besteht, da vielmehr das Bedürfnis nach einer solchen unbedingt bestritten werden müsse. Die Versammlung stellt fest, daß die beteiligten Gewerbe zu einer Vereinigung sich zusammenzuschließen entschlossen sind, welche sie in den Stand setzt, den Bedarf sowohl in einfachen billigen Möbeln für Kriegsgetraute als in solchen von reicherer Ausstattung lückenlos für Stadt und Land zu decken, wenn der Vereinigung seitens der Stadtgemeinde Offenburg ein ähnliches Entgegenkommen gewährt wird, wie sie dieses dem Baubund angedeihen hat. Weiter spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß der für die Niederlassung des Baubundes bereitgestellte Raum im oberen Stockwerk des städtischen Feuerhauses dem Gesamtgewerbe dieser Stadt für die Zwecke der Ausstellung seiner Erzeugnisse unter den gleichen Bedingungen wie dem Baubunde mitzuteilen zur Verfügung gestellt werden möchte.“ Diese Resolution soll dem Stadtrat sofort übergeben werden mit dem Wunsch, sie dem Bürgerausschuss in seiner Sitzung vom 5. ds. Mts. vor Eintritt in die Tagesordnung zur Kenntnis zu bringen.

In der Bürgerausschussung vom 5. März wurde die Frage über die Zulassung des badischen Baubundes in Offenburg entschieden. Mit vier Stimmen Mehrheit wurde der Antrag des Stadtrats mit einigen Änderungen angenommen. Demnach ist dem Baubund gestattet, hier eine Niederlassung zu gründen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater Karlsruhe. Im städtischen Konzertsaal hielt letzten Montag des Böhmens Smetana froh-heiterer Oper „Die verkaufte Braut“ einen festlichen Einzug. An der Aufführung ist kaum irgend welcher Tadel anzubringen, vielmehr, daß man dem Orchester etwas mehr Zurückhaltung gewünscht hätte, die Bläser gingen oft etwas zu stark ins Zeug; Herr Lorenz bemühte sich zwar eifrig, zu „bremsen“, aber es gelang ihm nicht immer; aber abgesehen von diesem kleinen Auslande lag Schwung und Schmitz über der ganzen Wiedergabe. Herr Lorenz hielt alles fest zusammen, so daß ihm zuvörderst für die prächtige Wiedergabe erstes Lob gebührt. Auf der Bühne betätigten sich in gleich anerkannter Weise die Damen Sajik, in der Titelfolle, Bruntsch, als Frau Agnes, Josef Tomisch, als Kathinka, Melch. Schlager, als Kängerin Smaralda und die Herren Neugebauer, Hans, Wätner, Kruschina, Gageborn, Mische, Schedel, Bengel, St., Sekretärvermittler Regel und Hugelmann als Sekretär Direktor Springer, sowie das Ballet unter Führung von Frau Wertenberg-Veger und der Chor. Gefänglich wie dastellend stand die Aufführung weit über dem Durchschnitt. Es wäre nur zu wünschen, daß man nicht nur Schauspiele und Operetten als Volksvorstellungen gibt, sondern auch hier und da einmal mit einer Oper aufwarten würde. Solche Aufführungen wie die der verkauften Braut am letzten Montag verdienen dem breitesten Kreise des Publikums zugänglich gemacht zu werden.

Vortrag Albert Segauer. Während Segauer in seinem vorigen Vortrag die Entwicklung der Kirche beleuchtete, ging er in seinem zweiten Vortrag auf die Religion und ihre Wesen selbst ein. Die eigentliche Religion entspringt nicht nur aus dem Gefühl über dem Willen, sondern aus beiden zusammen und der Vernunft. Sie strebt zur Einheit, schafft so einen Gott und so kommen wir auch auf diesem Wege zu Gott, wie es überhaupt keine Religion gibt ohne Gott, auch die der Freireligiösen nicht. Wir sehen das an der Entwicklung der Religion in der Menschheit. Der Anfang der Religion ist ähnlich wie die Religion der Venden. Der Mensch träumt und bildet sich selbst den Gedanken der Seele, die den Menschen beim Tode verläßt. Er sieht Hörsers in den Geistern, die er berechtigt, und von denen er sich den einen zum Schutzgeist macht. Dieser Gott wird zum Gott der Familie; er wird als teilnehmend an dem Mahle gedacht, es wird ihm geopfert. Schließlich entsteht aus der Familie das Volk, der Herrgott wird Gott des Volkes. Seine Verehrung wird zum Kult. Das Motiv des Rechts und der Ehrbarkeit dieser Götter über die Menschen wird geltend. Deshalb wird von vielen religiösen Erscheinungen der Kampf gegen sie aufgenommen. Zum Beispiel des persischen Zarathustra und der jüdische Elias.

Der Redner führte deren Ringen um ihren Glauben aus und sprach dann von der indischen Religion. Ihr Leitfaden war:

r. Offenburg, 1. März. Der Vorkühverein hielt am Samstag in dem Saale der „Hauberrle“ seine ordentliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verein im verflochtenen Geschäftsjahr den größten Umsatz mit 214 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Der Reingewinn von 100 368,11 M wird auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrats wie folgt verteilt: Es kommen 6 Prozent Dividende zur Auszahlung bezw. Guthaben, den Rücklagen werden 88 200,13 M zugewiesen und 3000 M stehen dem Aufsichtsrat zur Verfügung für gemeinnützige Zwecke. Herr Direktor a. D. Friedrich sprach als Aufsichtsratsmitglied ausführlich über die Festsetzung des Höchstbetrages der auszunehmenden fremden Gelder und desjenigen für die zu gewährenden Einzahlungen, worauf der Vorküh Vorstand und Aufsichtsrats einstimmige Annahme fand. Die abgelegte Jahresrechnung wurde einstimmig angenommen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die festungsgemäß ausstehenden Herren Wilhelm Claus, Karl Friedmann und Ludwig Hauelsen wurden wiedergewählt.

Ein schöner gemeinschaftlicher Anfang in Griesenland. Die gemeinschaftliche Landesorganisation Griesenlands wurde beim Jahreswechsel gegründet. Der Kongreß, der diesen Beschluß faßte, tagte in Witten einen ganzen Monat und war von 800 Delegierten als Vertreter 200 000 organisierter Arbeiter besucht. Die härtesten Debatten galten der Anerkennung des Massenkampfes und Anschluß an die sozialistische Partei. Beide Fragen wurden in positivem Sinne entschieden. Ferner wurde dem Kongreß die Wiedererrichtung der Versammlungs- und Pressefreiheit gebildet. Der Kongreß fand einen Gruß an die russische Volksbewegung.

Wiedereinstellung der ehemaligen Arbeiter. Durch eine neue Verordnung sind Bestimmungen über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 abgeändert worden. Nach dieser Abänderung beginnt für Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung bei Heeres- oder Marineverbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden, die 14tägige Frist, binnen deren sie Anspruch auf Wiedereinstellung bei dem Arbeitgeber vom 1. August 1914 haben, erst mit dem auf ihre ordnungsmäßige Entlassung aus diesen Verbänden folgenden Tagen.

Arbeiter-Sportbewegung.

Bezirkssturntag der Arbeiterturner.

Die Arbeiter-Turner des 3. Bezirks vom 10. Kreis des Arbeiterturnerbundes (Karlsruhe-Forsheim) halten am Sonntag, 16. März, vormittags 9 Uhr beginnend, im „Lamm“ in Durlach ihren Bezirkssturntag ab. Neben Errichtung des Bezirks- und Kassenausschusses sind u. a. auch wichtige Organisationsfragen zu beraten. Der Vorsitzender Krieg hat in den Arbeiterturnerverein erbenlich gebührt, so mancher liebe tätige Turngenosse mußte sein Leben auf dem Schlachtfelde lassen und die Vereine wurden in ihren idealen Bestrebungen gekemmt oder mußten ihre Arbeit ganz einstellen. Aber überall blüht aus den Ruinen erfreulicherweise wieder neues Leben und darüber hinaus ist aus der deutschen Turnerschaft eine respektable Zahl von Vereinen zum Arbeiterturnerbund übergetreten. Es ist deshalb zu erwarten, daß auf dem Bezirkssturntag sich eine recht große Zahl Delegierter einfänden werden und die Vereine seien auch an dieser Stelle gebeten, von ihrem Delegiertenrecht (auf je 25 Mitglieder ein Delegierter) vollen Gebrauch zu machen. Auch neue oder übergetretene Vereine haben das gleiche Recht, auch wenn sie irtümlicherweise von einer besonderen Einladung übergangen worden sein sollten.

Möge auch dieser Sturntag wieder recht gute Früchte tragen im Interesse der Arbeiterturner und der Volksgesundheit!

e. Müppurr, 3. März. Verschmelzung der beiden Turnvereine. Dem Beispiel der Sängervereine, haben sich nun auch die freie Turnerschaft und der Turnverein zusammengeschlossen zu einem Verein Arbeiter-Turnerbund Müppurr unter Anschluß an den Arbeiter-Turnerbund. Diese Verschmelzung, die vom Geiste der Zeit bezeugt ist, muß freudig begrüßt werden. Zum Vorsitzenden wurde Turngen. L. Schöckle, zum Turnwart Turngen. Chr. Essig gewählt. Durch die Verschmelzung hat sich der Verein zu einer sehr leistungsfähigen Organisation zur Pflege der Leibesübungen gefestigt und wir hoffen, daß sie recht gute Früchte trägt. Wir richten aber auch zugleich an die hiesigen Turn- und Sportfreunde das Ersuchen, sich zu den Übungsabenden, die Dienstags und Freitags von 8-10 Uhr in der Turnhalle abgehalten werden, recht zahlreich einzufinden. Besonders sei an die Jugend appelliert, an denselben teilzunehmen, und bitten wir die

olles Leben sei Leiden, und unsere Erziehung sei, frei zu werden von dem Leben, und eingezogen in ewige Ruhe. Segauer kam dann wieder auf das Christentum, in dem drei Ströme zusammenfließen; das Gefühl, der Wille und die Vernunft. Nach Luther sehen wir das Christentum zur Formelheit verhärtet. Gegenströmung in den Reichen. Eine Reaktion des Geistes tritt ein. Im Gegensatz hierzu sehen wir die Aufführung herankommen. Der Verstand regiert. Hiergegen erhebt sich wieder die Romantik. Sie stellt den Wert und den Sinn von Gefühl fest. Sie kann uns zur höchsten Religiosität führen. Religion ist Freiheit in der Sicherheit Gottes. Frei sind wir, dadurch, daß wir unsern Willen einstellen in den göttlichen. Es ist die Hingabe an einen höheren, unbefangenen Willen. Der Schluß führte noch in die Gedankengänge einiger Großen, ein würdiger Abschluß der überaus gescheiterten Ausführungen.

Trio-Abend. Nachdem man durch die nicht gerade glänzenden Beleuchtungsverhältnisse zuerst in die zwei Säule weiter eingerichtete Privatstube geangewandelt war, hat man es doch vorgezogen, den eigentlichen Versammlungsort aufzusuchen, nämlich den Saal des Konjunktors. Ist die Räumlichkeit auch durch die grauen Wände etwas düster, so schlingt die ganze Art ihrer Anlage ein Rond um Künstler und Hörer. Deshalb war man auch gleich in medias res geführt. Das Trio aus dem musikalischen Opfer von Bach bildete den Anfang. Wir hatten an dieser Stelle bereits Gelegenheit, das formvollendete, von tiefer Empfindung getragene Spiel von Margarete Schweikert herborzuziehen. Alle Vorgänge ihres Spiels kamen an diesem Abend zum Ausdruck. Karl Spittel spielte die Flöte im ersten Trio. Sein Zusammenstimmen mit der Violine war von außerordentlicher Sicherheit und Feinheit; Fritz Cortolegis am Klavier ging in seinem Element. Die folgende D-dur-Serenade Regers für Flöte, Violine und Viola, ein ebenso köstliches wie durch seine Tempojähriges Werk, erfüllte eine ganz glänzende Wiedergabe, die der Viola Hugo Büttges nicht zum wenigsten zu danken war, der zusammen mit Margarete Schweikert im Momente eine Fülle von Wohlklang bot. — Das 1. Trio in D-dur des Op. 70 von Beethoven bildete den „Schluß“. Es gehört zu den Werken des Meisters, die durch ihren Aufbau und durch die ganze Stimmung, die über ihnen liegt, fast unerschütterbar dastehen. Dieses Largo läßt die feinsten Saiten unserer Seele mitdröhnen, weckt in uns schlummernde Gefühle und macht sie zu Erlebnissen. Da war es vor allem Cortolegis, der durch seine meisterliche Beherrschung des Fingels und unterflüßt von seinem tiefen Verständnis Verweidens dem Ganzen das Gepräge gab. Besonders im Largo kam das zum Ausdruck. Margarete Schweikert zeigte sich auch als eine vorzügliche Interpretin Beethovens und das feinnuancierte Spiel Paul Trauberters (Cello) gab dem Werke noch die letzte Färbung. Es wäre zu wünschen, daß die Künstler es nicht bei diesem Abend allein bewenden lassen; der reiche Weisfall möge eine Aufforderung dazu sein.

Eltern, ihre Kinder auf die Turnstunden aufmerksam zu machen. Dem Unternehmen selbst ein kräftiges „Bildauf“ und „Geheil“!

1. Rastatt, 27. Febr. Die deutsche Turnerschaft hält es für nötig, durch einen dem „Rastatter Tagblatt“ eingesandten Artikel gegen die freie Turnerschaft Stellung zu nehmen und zu erklären, daß sie auch in neuen Deutschland auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse stehe. Wenn das Kreisurnblatt für den 10. Turnfest der deutschen Turnerschaft schreibt: „Die freie Turnerschaft hat in der letzten Zeit an verschiedenen Orten den Versuch gemacht, unsere Verein zum Uebertritt zu bewegen.“ so antworten wir darauf, daß auch tatsächlich bereits viele Vereine zur freien Turnerschaft übergetreten sind. Der Grund des Uebertritts dürfte unseres Erachtens darin zu suchen sein, daß den Vereinen endlich die Augen aufgegangen sind, und daß sie erkannt haben, wie es mit der so sehr betonten „Parteilosigkeit“ der deutschen Turnerschaft bestellt ist: Wechsellagerung des Völkermordens und Turnpatriotismus, das ist das wahre Gesicht, das die Deutsche Turnerschaft gezeigt hat.

Kommunalpolitik.

Stadtsell, 9. März. Am Freitag fand hier im Rathaussaal eine gut besuchte Bürgerversammlung statt zwecks einer Aussprache über die Wohnungsnot. Nach einleitenden und begründenden Worten des Herrn Bürgermeister Weber, der auf die traurige Wohnungsnot in unserer Gemeinde hinwies, nahm Herr Regierungsrat Dr. Kamppmeyer das Wort zu einem eingehenden, ausgezeichneten Referat über Wohnungsfrage und Wohnungspolitik. In leichtverständlicher Weise schilderte der Redner besonders Zweck und Ziele der gemeinnützigen Baugenossenschaften und führte den Anwesenden die Mittel vor Augen, die in jetziger Zeit Reich, Staat und Gemeinden anwenden, um die Not zu beheben. Mehrere Weisfall dankte dem Redner. In der Diskussion wurde besonders herbergehoben, man möge mit der Anbaufläche nicht zu engberzig sein, damit den Interessenten auch ein anständiger geräumiger Garten zur Verfügung stehe. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der die nötigen Vorarbeiten in die Hand nimmt. Wir richten die Aufforderung an die Interessenten sowohl wie an die kapitalhaltige Bevölkerung von hier, die gemeinnützige Sache, die nur zum Wohle der Gemeinde führen kann, auch tatkräftig zu unterstützen. Die eigentliche Gründungsversammlung wird in aller Nähe stattfinden.

r. Gersheim, 4. März. Nach langer, langer Zeit füllte sich unsere Gemeindeverwaltung endlich bemüht, den Bürgerausschuss zu einer Sitzung einuberufen; sie tat das aber auch nicht von sich aus, sondern, wie der Bürgermeister auf bei Eröffnung der Sitzung erklärte, auf Verlangen einer Anzahl B.A.-M., die Auffklärung verlangten über die während der Kriegszeit sich eingestellten Mißstände. Als erster Punkt kam die Holzfrage zur Verhandlung. Die Gemeinde hat Holz bezogen, das sie dann an die Bevölkerung abgab. Da es bei Verzählung belamlich Skonto gibt und man in unserer Gemeinde wußte, daß das Domänenamt Offenburg solchen Skonto ausgedrückt hatte, so wurde angefragt, wo das Geld geblieben sei. Die Auffklärung, die Bürgermeistermeister J. Brech, der während des Krieges die Sache geleitet hatte, gab, war eine sehr merkwürdige: Man hätte mit der Sache während des Krieges viel Arbeit gehabt und hätte deshalb das Geld für die Vermählungen behalten! Da muß man doch fragen, wer denn das Recht dem Gemeinderat gibt, einfach ohne jemand zu fragen dieses Geld der Allgemeinheit für sich zu verwenden? Wo der Gemeinderat doch bereits 500 M für die Arbeit erhalten hat? Dieses ungeschickliche Verhalten fordert die schärfste Kritik heraus. Der zweite Punkt betraf Beschwerden bezüglich der Haltung des Gemeindefazars, der Gemeinderat lagte, die Gemeinde leidet für Kinderbewilligte erhalten habe. Als Antwort legte der Gemeinderat ein Paket mit Sperrschloß, sog. Schloßler, auf den Tisch und erklärte, diese Sachen vom Kommunalverband Offenburg erhalten zu haben. Auch hier kann man über das Verhalten des Gemeindefazars nur eine Verwunderung ausdrücken; wie kann er sich in Offenburg solchen Plunder aufhängen lassen. Zum 4. Punkt kam wieder eine Eigenmächtigkeit des Gemeindefazars zur Sprache. Er hat nach Ableben des früheren Fleischbeschauers die Stelle einfach dem Gemeinderat Franz Hof übertragen. Zur Rede gestellt, zogen sich die Herren vom Regierungsrat hinter das Bezirksamt zurück, das ersucht habe, einen geeigneten Mann vorzuschlagen. Und ohne die Bevölkerung zu fragen, ohne die Stelle öffentlich auszusprechen, legt man einfach einen Gemeinderat auf den Posten. Auch dieses Vorgehen fand die schärfste Mißbilligung. — Die Kritik des fünften Punktes betraf das Verhalten des Gemeindefazars gegenüber den arbeitslosen Tabakarbeitern. Letzten Sommer waren die Arbeiter der Firma Himmelsbach arbeitslos geworden. Der Gauleiter Durban des Tabakarbeiterverbandes richtete das Ersuchen an die Gemeinde, zu befristeten, daß die Arbeitslosen die Unterstützung erhalten. Vom Gemeinderat richtete sich aber niemand. Man gab nicht einmal eine Antwort. Gauleiter Durban brandmarkte in einer Versammlung dieses Verhalten. Auf eine nochmalige Anfrage erklärte der Gemeinderat, ihm sei nichts bekannt von der Angelegenheit. In dieser Sache wird noch Klarheit geschaffen werden. Eine weitere Beschwerde betraf die Zuerstverteilung; es haben hier viele Arbeiter Zuerst erhalten zur Verteilung, andere dagegen keinen. Der Gemeinderat hat sich in dieser Frage leicht, er verweist die Beschwerde für den Hauptfleischer Behar, der die Verteilung unter sich habe; solches Verhalten nennt man auf gut Deutsch: sich von der Bekandmachung brüden. Schließlich wurde noch eine Kommission gewählt, die die Verteilung der Waren zu beaufsichtigen soll. — Trotzdem doch die geschädigten Verhältnisse dringender Hilfe bedürfen und die Mißstände mehr als groß sind, glaubte ein Gemeinderat die größte Kritik als Maßnahme bezeichnen zu müssen. Nun, die Herren werden ja bald sehen, wie mit ihnen abgerechnet wird; solche Zustände kann sich die Bevölkerung unmöglich länger bieten lassen. Die zweite Abrechnung wird folgen.

Staatsschulden zu öffentlichen Aufstandarbeiten. Nach einer Verordnung des Unterrichtsministeriums können Gemeinden, die Schulbauarbeiten errichten wollen, zu diesen Bauten aus Reichs- und Staatsmitteln, besondere Zuschüsse erhalten, wenn sie Unternehmungen als Aufstandarbeiten vor dem 15. Juli in Angriff genommen werden.

Freiburg, 5. März. Der Stadtrat hat beschlossen, daß zur Dedung der Mittel für die Feuerungsanlage von täglich 2 Ml. an die städtischen Arbeiter, Beamten und Lehrer eine Erhöhung des Straßenbahnlohs, des Stomatlohs erfolgen soll. Ein Teil soll auch durch Umlage auf die Steuerkapitalien ersetzt. — Der Stadtrat beschloß für die Theaterpielzeit 1910/1920 den gemeinschaftlichen Betrieb auf genossenschaftlicher Grundlage als Ueberwachungsorgan beizubehalten. — Der Stadtrat beschloß die nach dem Ergebnis der Untersuchungen für die Auffklärung über badischer Torfmoore zu Zwecken der sich an einer hierzu gegründeten Gesellschaft zu beteiligen.

Freiburg, 6. März. Der Gemeindevorstand hat die Erhöhung der Umlage um 2 Pf. von bisher 42 auf 44 Pf. beschlossen. — Stetigheim bei Rastatt, 5. März. Der Bürgerausschuss genehmigte eine Vorlage des Gemeindefazars zur Einführung des elektrischen Lichtes. Man hofft, daß unsere Gemeinde hier einen Schritt mit elektrischem Lichte beleuchten kann.

Schwetzingen, 6. März. Nach dem städt. Vorschlag muß die Umlage eine Erhöhung von 10 Pf. und zwar von 50 auf 60 Pf. erfolgen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 10. März.

Karlsruher Fliegeropfer-Statistik.

Nachdem die Zeit der Fliegerüberfälle auf Städte hauptsächlich für alle Zeiten vorbei ist, dürfte folgende aus amtlichem Material zusammengestellte Statistik der sämtlichen Fliegeropfer auf unsere Stadt, die Menschenopfer erforderten, interessieren und zwar schon deshalb, weil die früheren jeberlichen Meldungen kurz nach dem Ueberfall durch die späteren Todesfälle infolge von schweren Verletzungen einer Korrektur bedürftig. Nach Sinaurechnung dieser Fälle stellt sich die Menschenopfer-Statistik für Karlsruhe wie folgt:

Table with 3 columns: Fliegerüberfall, Tote, Verletzte. Rows include dates from 15. Juni 1915 to 20./21. September 1918, with a total of 164 deaths and 326 injuries.

Zur Kartoffelversorgung.

Beitrag des hiesigen Nachrichtenkomitees: Anfangs Januar sah sich der Stadtrat durch die Verhältnisse zu der Anordnung gezwungen, die Kartoffelmenge der zur Verteilung gelangenden Kartoffeln von 7 Pfund auf 5 Pfund herabzusetzen. Es ist hier in Karlsruhe bis jetzt möglich gewesen, regelmäßig 5 Pfund Kartoffeln zur Verteilung zu bringen. Andere Städte sind seit Wochen schon ohne Vorräte oder können nur 1 bis 3 Pfund in der Woche liefern.

Da nur in den Städten Kartoffelnot besteht und diese Not mit der Größe der Städte geradezu ins Gefährliche steigt, so haben sich die größeren Städte bereit erklärt, auf ihre Kosten den hiesigen Auktionsvertreter der Städte beizugeben, damit in jedem Falle das Interesse der hiesigen Bevölkerung gewahrt wird. Die hiesige Bevölkerung möge sich gelohnt sein lassen, daß bei der großen Not und der an sich sehr gefährlichen Stimmung der Bevölkerung größerer und großer Städte die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht gefährdet werden kann, wenn irgend einer dieser Gemeinden nachgegeben wird, daß sie sich ebenfalls ihrer Verpflichtung entziehen will. Bei den Landwirten war und ist noch keine Lebensmittelnot. Die Landwirtschaft hat im Kriege beinahe durchweg sehr viel Geld verdient, während die hiesige Bevölkerung seit langem bitterer Not an Nahrungsmitteln leidet und von verarmenden Angehörigen Kriegsgeheimen abgesehen in den Verhältnissen oft bis nahe zum vollständigen Ruin zurückgekommen ist.

Es wird Aufgabe der Regierung sein, die Landgemeinden festzusetzen, welche ihrer Verpflichtung trotz alledem nicht nachkommen und der hiesigen Bevölkerung bekanntzugeben, wo er sich in der Zeit größter Not der Hilfeleistungspflicht zu entziehen sucht. Um mit den sehr zusammenschmelzenden Vorräten an Kartoffeln möglichst noch über die nächsten Wochen auszureichen, muß

die zur Verteilung gelangende Kartoffelmenge mit Wirkung ab Montag, 10. März 1919, um ein weiteres Pfund, nämlich auf vier Pfund herabgesetzt werden.

„Sozialdemokratie und Christentum“. Wir machen nochmals auf den öffentlichen Vortrag von Walter Stels von Neunfalten am Mittwoch, 12. März, abends 8 Uhr, im Saale des Friedrichshofes aufmerksam.

Die Volkswehr hielt Freitag nachmittag im „Kolosseum“ eine Versammlung ab, die trotz 2 1/2 stündiger Dauer nicht zum Abschluß gekommen ist. Der Kommandant Kopp ging einleitend mit dem Kommunalverband scharf ins Gericht, damit sich Fälle von Pflichtverletzung, wie er sie erwähnte, nicht wiederholen, empfahl er Wachsamkeit und rechtzeitiges Einschreiten der vorgesetzten Vorgesetzten, lehrte ferner seitens der Regierung. In einem aufklärenden Vortrag über die politische Lage warnte Genosse Meyer vor einer Liquidation der Revolution auf parlamentarische Weise. Mit der Streikmethode, die jetzt in ganz Deutschland praktiziert wird, kommen wir nicht zu Bruch, weder von dem Getreide, das auf unsern Feldern wachsen soll, noch von dem, was die Entente liefern könnte. Genosse Dr. Kullmann trat für eine gesetzliche Regelung der Unfallversicherung der Volkswehrleute ein. Die Hauptsache kam zum Schluß, als ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer vom vielen Redehören der Diskussionsredner schon müde war, nämlich die Teuerungszulage. Die Mehrheit entschied sich unter Zustimmung des Volksrats Erb für die Heraushebung des Tagesgeldes von 12,50 M auf 15 M.

Neber eine Schießerei berichtet die „Karlsruher Zeitung“ (7. März) halboffiziell: Heute nacht sind in der Nähe des Landgerichts in Karlsruhe einige Schüsse gefallen. In der Stadt ist dadurch das Gerücht entstanden, daß ein Busch verbrannt worden sei. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Der Kraftwagen, in dem der Minister Dr. Gaaß sowie der Minister für Liebergangswirtschaft, Markloff, der erste Vizepräsident der Nationalversammlung, Hermann Meemke und Staatsanwalt Kuenzer auf der Rückreise von Mannheim sich befanden, war von dem Posten an der Vinsheimer Allee ordnungsgemäß revidiert worden. Der Kraftwagenführer wußte nicht, daß vor dem Landgerichtsgebäude sich ein weiterer militärischer Posten befand. Als der Kraftwagen hier nicht sofort hielt, gab der Posten, der offenbar seine Funktion mißverstand, eine Warnung einige Schüsse ab.

Arbeiterbildungsverein. Heute (Montag) abends 7 1/2 Uhr und am nächsten Montag, 17. März, abends 7 1/2 Uhr, hält Herr Professor Dr. M. Gaaß in im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 Vorträge mit Rücksicht auf die Gebirgsbau- und Landeskultursache von Baden. Im Anblich an die Vorträge werden im Frühjahr zwei geologische Exkursionen stattfinden. Der Besuch der Vorträge ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Landesbühnen. Die Generaldirektion hat das Drama „Der Revolutionär“ von Wilhelm Speyer zur Aufführung in dieser Spielzeit erworben.

Sängerhaus. „Salome“, Musikdrama in einem Aufzuge von Richard Strauß, gelangt am Freitag, 14. März, zur Erstaufführung in Karlsruhe. Die Partitur dirigiert Sophie Palm-Gordes, den Herold Josef Schöfel, Benno Jesler den Jochanaan. Das Werk wurde von Direktor Coriolis und Regisseur Dumais einstudiert.

Wasserstand des Rheins.

Schutterstein 1,70 Meter, gef. 12 Zm.; Reß 2,52 Meter, gef. 11 Zm.; Waxau 4,73 Meter, gef. 29 Zm.; Mannheim 4,17 Meter, gefallen 23 Zentimeter.

Letzte Nachrichten.

Sebastian Wittl †.

Aus München wird gemeldet, daß am Freitag abend nach langer Krankheit Gen. Seb. Wittl gestorben ist. Von 1904 bis 1914 war Sebastian Wittl Vorsitzender der Ortskrankenkasse München. Das Vertrauen des jagenden Volkes schickte Wittl im Dezember des Jahres 1905 in das Gemeindefolksgremium, dessen 2. Vorsitzender er 1911 wurde. Im Jahre 1918 wählte ihn das Gemeindefolksgremium zum 1. Vorsitzenden. Der Verlag der Münchener Post beklagt in dem Verstorbenen seinen Direktor, der mit fester Hand das Unternehmen zum Erfolg geführt hatte.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Egersweier. Der Artikel kommt; er mußte nur wegen des starken Stoffandrangs einige Tage zurückgestellt werden. F. D. Die Berufungsklage ist stets beim zuständigen Landgericht einzureichen. Das ist in diesem Falle das Landgericht Offenburg.

P. G. 100 Kostatt. Die Sache ist selbstverständlich nicht gegenseitig geregelt. Wenden Sie sich an das Bürgermeisteramt oder an das Bezirksamt, wo Sie alles erfahren können.

J. R. Ettlingen. Die Erben des verstorbenen Verpächters sind an den Kaufvertrag gebunden. Kaufmännischer Anwalt. Wollen Sie uns Ihre Adresse angeben, wir haben wegen des eingekamten Artikels zunächst mit Ihnen Rücksprache zu nehmen.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Hilba Elstabeita, B. Philipp Franz Schmitt, Schloffer, Heinz Georg Gustav, B. Gustav Ernst Haber, Eisenbahnsekretär.

Eheschließung. Scheubel Friedrich, Dekorationsmaler in Gelfingen, und Steinbrunn Nina Karolina hier.

Storbefälle. Ludwig Wilhelm Weinärtner, Zimmermann, Chemann, Sergeant, 27 J. alt. Elise Frieda Freudenberger geb. Gaud, Ehefrau des Angehörigen Georg Karl Freudenberger, 24 J. alt. Karl Wilhelm Gang, Maschinengehilfe, ledig, Gelfingen, 23 J. alt. Stephan Kraus, Witwer, Tagelöhner, 66 J. alt. Jakob Gottlieb, Fabrikarbeiter, Chemann, 74 J. alt. Friedrich Jakob Gloß, Händl. Arbeiter, Eßwein, 73 J. alt.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Eämtliche fotografierenden Mitglieder werden ersucht, heute abend 7 1/2 Uhr im Lokal zu erscheinen. 1740

Ettlingen. (Freie Turnerschaft.) Heute abend 7 Uhr findet bei Neble (Vereinslokal) unsere Monatsversammlung statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen Pflicht jedes Mitgliedes, da einige sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Kommen den Samstag, 15. März, findet eine öffentl. Agitationsversammlung statt. 1747 Der Turnrat.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Redaktionen, Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Reußenstraße 24.

Belanntmachung.

Die Inlandslegitimierung der ausländischen Arbeiter im Jahre 1919 betr.

Nach den bestehenden Bestimmungen müssen alle im Lande Baden beschäftigten ausländischen (nicht deutschen) Arbeiter und Arbeiterinnen (auch Dienstmädchen, Köchinnen usw.), eine ordnungsgemäße, für das Jahr 1919 ausgestellte Arbeiter-Legitimationskarte der deutschen Arbeiter-Zentrale besorgen. Nicht verpflichtet, sich durch eine Arbeiter-Legitimationskarte auszuweisen, sind Beamte und Angestellte, die nicht vorwiegender Handarbeiter, sondern Kopfarbeiter sind. Die im Vertrag kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden, soweit sie nicht schon die Legitimationskarte für 1919 besitzen, hiermit aufgefordert, bis spätestens 15. März 1919 bei der Ortspolizeibehörde ihrer Arbeitsstelle (in Karlsruhe beim Bezirksamt Zimmer 8) den Antrag auf Ausstellung einer Arbeiter-Legitimationskarte zu stellen. Dabei sind eine etwa im Besitz befindliche ältere Arbeiter-Legitimationskarte und die Heimatpapiere vorzulegen. Auch ist für die Ausstellung der Legitimationskarte eine Gebühr von 2 M. im Voraus zu entrichten. Wenn der Antrag erst nach dem 15. März gestellt wird, beträgt die Gebühr 5 M.

Die Arbeitgeber werden ersucht, ihre ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf diese Belanntmachung hinzuweisen und sie zur rechtzeitigen Beantragung der Legitimationskarte zu veranlassen.

In den Landgemeinden des Bezirks haben die Bürgermeisterämter die Anträge entgegenzunehmen. Die Antragsformulare sind in der vorausgesetzlichen nötigen Zahl sofort beim Bezirksamt anzufordern und nach sorgfältiger Ausfüllung unter Beifügung der Heimatpapiere und etwa vorhandener älterer Legitimationskarten sowie der Gebühr alsbald hierher vorzulegen. Im übrigen verweisen wir auf den unterer Verfügung vom 26. Januar 1918 Nr. 323 beige-ligten Erlass des Ministeriums des Innern vom 7. Januar 1918 Nr. 700. Karlsruhe, den 6. März 1919. 1740

D.3.82. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Kalkulation u. moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau.

Von O. Schwann, 298 N., 153 Abb., geb. Mk. 6,50. Die richtige Vorausbestimmung der Herstellungskosten von Werkstücken für den Maschinenbau bedeutet nicht nur für den Fabrikanten ein Uollwerk gegen die Konkurrenz in gut u. schlechten Zeiten, sondern schafft auch zufriedenstellende Zustände zwischen Arbeitgeber u. Arbeitnehmer. Die Lohnpreise sollen nicht erraten oder geschätzt, sondern auf Grund wissenschaftlicher Studien u. nach festgelegten Grundregeln bestimmt werden. Diese Ziele verfolgt obiges Buch! (Eini es aus d. Inhalt: Verschiedene Lohnsysteme, Bedeutung d. Kalkulation, Schnittgeschwindigkeit, Vorrichtung, Lohnzahl, Bestimmung d. Preis f. versch. Dreharbeiten u. erteilte Herstellung derselben, Wandrehen, einwärtschneiden, Arbeiten auf d. Revolverbank, Präzisionsarbeiten, über freien nach d. Abwärtverfahren Regelräder u. Gewinde fräsen, Rundfräsen, Bohrarbeiten, Hobeln, Stoßen, Schleifen, Schlofferarbeiten. 17442 Gegen Einsend. von Mk. 6,75 Nachnahme 6,90) Edm. Herrmann, Abt. 93 Berlin, Pruhstr. 61.

Mode-Ausstellung

In den Schaufenstern u. den Abteilungen zeigen wir die Neuheiten für Frühjahr und Sommer in Damen- und Kinder-Kleidung, Damen- und Kinder-Hüten, Kleider- und Seiden-Stoffen, Modewaren usw. Besonders machen wir aufmerksam auf unsere neue Sonder-Abteilung:

Damen-Hüte in niederen Preislagen

HERMANN TIETZ

Ein Hubert u. Lebensmittelmärkte (Wäder Nr. 10) verloren. Abzugeben gegen Belohnung. Schützenstr. 54, 4. St. 1744

Möbelschreiner u. Bildhauer finden Beschäftigung bei Gebr. Himmelheber, Möbelabrik, R. Legstr. 25

Verein d. deutschen Kaufleute desgr. Karlsruhe öffentl. Versammlung

Thema: Die Angestellten und die neue Zeit. Redner: H. G. B. L., Mühlberg. 1784 Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Gäste sehr willkommen.

Belanntmachung.

Entscheidung des zur Errichtung der Straße „Hinter der Kirche“ in Karlsruhe-Daglanden erforderlichen Geländes betr. Zur Errichtung der im Stadtteil Karlsruhe-Daglanden bereits amtlich festgelegten Straße „Hinter der Kirche“ muß die Stadtgemeinde Karlsruhe die Grundstücke Lagerbuch Nr. 15822 a, 15922 a, 15922 b, 15922 c und 15922 d, erwerben. Die mit den Grundstücke-eigentümern gepflogenen Entschädigungsverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Es fällt daher die Enteignung des Geländes an.

Zur Veranlassung der Kommissio, welche die Notwendigkeit der beantragten Enteignung und auch zu prüfen und zu begutachten hat, ob und welche Verpflichtungen den Unternehmern für den Fall der Enteignung gemäß des § 6 des Gesetzes aufzuerlegen wäre wird Tagfahrt hiermit angeordnet auf

Donnerstag, 20. März 1919, vormittags 9 Uhr, in dem Bezirksratsaal (Karl Friedrichstr. 15, 2. Stock). Den Vertretungen steht frei, in dieser Tagfahrt ihre etwaigen Einwendungen gegen das Unternehmen vorzutragen und Anträge die dem Unternehmer im öffentlichen Interesse oder für die benachteiligten Grundstücke zur Sicherung gegen Gefahren und Nachteile zu machenden Auflagen zu stellen. Diese Einwendungen und Anträge können auch vorher schon beim diesseitigen Bezirksamt oder beim Bürgermeisteramt hier vorgebracht werden. Der Enteignungsantrag und Planauszug liegen auf dem Rathaus dahier bis zur Tagfahrt zu Jedermanns Einsicht auf.

Karlsruhe, den 6. März 1919. 77 Stad. Bezirksamt. 1789

Zwei gute Arbeitspferde (Kraumbach), acht- und gebnjährig, sowie ein starker Zw. ispanner-Wagen

fat wegen Aufgabe des Geschäftes sofort zu verkaufen. Leo Weber, Oberweiler, Amt Ettlingen.

Schneider-Nähmaschine gut erhalten zu kaufen oder zu leihen gesucht. 1789 Bad. Landesv. v. R. Kreuz, Stefanienstr. 74.

Taschenuhren (wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraubs 886 An- u. Verkaufsgesellschaft, Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Am Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saale des „Friedrichshof“, Karl Friedrichstraße:

Öffentl. Vortrag

über Sozialdemokratie u. Christentum

Redner: Herr Pfarrer Stetz von Neunfalten.
Alle Frauen u. Männer sind freundl. eingeladen.
Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.

NB. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben.

Endtermin zum Umtausch von Entlassungsanzügen.

Es mehren sich die Fälle, in denen entlassene Mannschaften bei Bezirkskommandos und Truppenteilen vorstellig werden, um ihre bereits umgetauschten Bekleidungsstücke nochmals gegen bessere umzutauschen. Trotz des angeordneten Abfürdungsverbots in den Entlassungspapieren können die ungerechtfertigten Ansprüche infolge Vorlage gefälschter Papiere oder des nicht ergänzten Militärpasses anstelle d. s. Entlassungsscheines nicht immer erkannt werden.

Um diesen Mißstand zu beseitigen, wird angeordnet, daß die vom 9. 11. 18 bis 15. 2. 19 Entlassenen ihren Anspruch auf die ihnen gemäß Merkblatt über Entlassungsangelegenheiten zustehenden Bekleidungsstücke bis spätestens 15. 3. 1919 beim zuständigen Bezirkskommando unter Vorlage der Militärpapiere und Vorzeigung der betr. Bekleidungsstücke geltend gemacht haben müssen. Für alle anderen Militärpersonen, die nach dem 15. 2. 19 zur Entlassung kommen, wird eine Frist von jeweils einem Monat festgesetzt, beginnend am Tage nach der Entlassung. Spätere Ansprüche werden die Bezirkskommandos künftig in der Regel nicht mehr anerkennen. Ausnahmen werden nur gemacht, soweit durch besondere Verhältnisse der Termin nachweisbar nicht eingehalten werden konnte (z. B. Krankheit). Solche Fälle werden dann von den Bezirkskommandos eingehend geprüft werden.

Genaueste Beachtung bei Ausfertigung der Entlassungspapiere und ebenso dieser Anordnung liegt im allgemeinen Interesse. 1480

Der Landesaudschuß Von seitens des Gen.-Kdts. badischer Soldaterräte. Der Chef des Stabes: Gudowius, 1480

Aufruf.

In Westpreußen steht der badische Grenzschutz Ost bereit, vaterländischen Boden und 150jährige deutsche Kultur gegen einen hinterlistigen und heimtückischen Feind zu verteidigen. Der Aufständische Tapferkeit ist in den Kämpfen bei Kulmsce wieder hell erklungen.

Dem Inf.-Regt. 141 von der 3. Inf.-Div. Cabott, Wöhrerhausen, Oberst von Raumbach, f. d. aus badischen Freiwilligen gebildete Kompanien, M. G. Komp. pp. zugeteilt, dazu sollen Batterien, Minenwerfer-Abt. u. Nachrichten- u. Kavallerie-Abt. u. kommen, um in geschlossenen badischen Formationen als „Freiwilligen Regt. Raumbach“ vereint zu werden.

Wer dorthin will, möge sich bei den Bezirkskommandos außer halb der neutralen Zone oder bei den Ost-armee-Anwerbestellen in Heidelberg (höhere Mädchen-schule) und Pannaschhausen (unter besonderer Angabe des Wunsches zu den dem Inf.-Regt. 141 zugeteilten Formationen zu kommen, mit Ausweis-papieren melden.

Wichtig sind badische Offiziere, bei Kompanie-führer und Unteroffiziere; erwünscht M. G. Mann-schaften, Minenwerfer, Kanoniere, Fahrer, Telephonisten und gebildete Kavalleristen.

Besonders willkommen alle alten Angehörigen des Reserve-Infanterie-Regiments 109.

Bedingungen wie durch Generalkommando und d. i. Bezirkskommandos für den Grenzschutz Ost bekannt gegeben.

Verpflichtung auf die deutsche Republik, auf Schutz der Größe der Nationalversammlung, zu strenger Ordnung wie im Reichswehr-gesetz vorgegeben, und zum Kampf gegen die Polen, wenn sie sich erheben oder in deutsches Gebiet eindringen.

Badische Abzeichen, Schwarzwaldbannerzweig auf den Kragenpatzen.

Schwierigkeiten der Einkleidung und ersten Unter-ordnung, die bei zu Anfang in Westpreußen einge-troffenen badischen Abteilungen entstanden, sind nunmehr beseitigt.

Mitbringen von Entlassungsanzügen, besonders Mantel und Stiefeln, die vergütet werden, erwünscht, da Bestände der Minderungen wegen noch knapp.
von Raumbach, 1726
im Kriegsbeur. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 109.

Einige tüchtige Elektro-Monteur

in Licht- und Kraftinstallation voll-kommen bewandert, auf 1. April ge-gesucht nach Karlsruhe i. B.
Zuschreiben unter Nr. 1737 an das „Volksfreund“-Büro.

Deutsche

schützt die Grenzen Eures Vater-landes gegen den Einmarsch russischer Bolschewisten.

Mobile Lohnung, 5 Mk. Tageszulage anserdem nach Ueberschreiten der Reichsgrenze 4 Mk. tägliche Zulage aus baltischen Landes-mitte'n, Familienunterstützung, freie Verpfle-gung, Bekleidung und Unterkunft. Spätere Ansiedlungs- und Arbeitsmög-lichkeiten im Baltensland. Alle Waffen-rattungen sind erwünscht. Nur Ord-nung liebende pflichtgetreue Soldaten werden angenommen. Uniformen sind mitzubringen.

Sofortige Meldung.
Anwerbestelle Baltensland Karlsruhe
frühere Militärwache am Karlstor.
Freiburg i. Br., Karlskaserne.

Nebenverdienst!

Gott, Hilfe beim Aufbau der Christen und dauern-des hohen Einkommen! Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schwebarbeiten! Bequem im Hause! Ausführe-reiche Bege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 84 von Adresse: Schlichtsch 124, Dresden-N. 1.

Buchenholz, Tannen- und Forlenholz

gesägt und gespalten, für Gewerbe und Industrie, sowie für Hausbrand zur Streckung von Kohlen und Koks liefert prompt 1785

Carl Finkelstein

Holz- und Kohlenhandlung Bündelholz-Fabrik
Rüppurrerstrasse 3 - Fernsprecher 5113.

Liederhalle Karlsruhe.

Samstag, 15. März, abends 1/8 Uhr, im großen Saale der Festhalle

Konzert

Mitwirkende: Frau Marie von Craut vom Lande-theater hier (Soprano), Herr Diernsinger Karl Heiler vom Opernhaus in Frankfurt a. M. (Tenor), der Mannlicher Herr Bruno Stürmer.

Eintritt der Vereinsmitglieder zu 200 und unterer Galerie I. und II. Abteilung durch den Garderobebau rechts nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-karten. Für die obere Galerie sind außer den Mitglieds-karten noch 5 besondere Plätze frei, die in Dienstan, den 11. März nachm. 3-8 Uhr im Verein ein Löwen-rädchen abgegeben werden. Eine Karte ist der Zutritt zur oberen Galerie unzulässig.

Für Nichtmitglieder sind Karten zu 1.20, 2.20, 2.50, 1.70 u. d. 1.20 einl. Programm im Vorverkauf in der Musikalienb. Fritz Richter, Kaiser-Wilhelm-Str. 2, Fernruf 883, und abends an der Kasse zu haben. Auf der oberen und unteren Galerie wird sich Gelegenheit zur Abgabe von Spenden.

Konzertbesucher, die die Garderobe nicht benutzen, werden gebeten, nach Schluß des Konzerts den Aus-gang nicht durch den Garderobebau rechts zu nehmen. Saalöffnung 1/7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Der Vorstand.

Habe meine Sprechstunde nach
Marienstrasse Nr. 48 II.
verlegt und halte dieselbe ab von 8-9 Uhr,
1-4 Uhr und 6-7 Uhr.

Dr. med. Eduard Schmitt,

prakt. Arzt
Fernsprecher 2274. 1727

Spinat-, Zwiebel-, Gelbrüben-

sowie sonstige Gemüsefabriken
liefert
Vab. Landwirtschaftskammer, Karlsruhe.

Arbeiter! Werdt für den Volksfreund.

Tierschutzverein Karlsruhe.

Mitglieder - Versamm-lung: jeden 2. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, Besetzung der „Bier-Jahreszeiten“, Hebel-strasse 21.
Geschäftszimmer: Gartenstrasse 23, 3.
Sprechstunden: Montag, Dienstag u. Mittwoch 12 bis 1/2 Uhr.
Mittwoch, 12. März: Vortrag.

Gesucht Schneiderinnen

auf Teil- u. Stückarbeit für Kleider- u. Anzüge. Zu melden bei Hans Lehendeker, Kaiserstr. 177.

Caschenuhren

auch reparaturbedürftig, lauft
Lavy, An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstrasse 22.

Sie kaufen auch heute noch ein gutes Harmonium oder 1783

Piano

zu günstigen Bedingungen im
Odeon - Musikhaus,
Karlsruhe, Kaisersstrasse 175.

Grundstück-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 2081: 3 a 66 qm mit vierst. Wohnhaus - Wirtschaft zum Scheffelhof - Ludwig Wilhelmstr. 12. Schätzung: 120 000 Mk. Zuschlag: 1735 Mk.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 6. Mai 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademie-strasse 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 4. März 1919.
Vab. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Verordnung.

(Vom 17. Februar 1919.)
Den Verkehr mit Stroh betreffend.
Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verord-nungs-Regelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 607, 728) wird mit sofortiger Wirkung v. ordnet, was folgt:

Zur Ausführung von Erbsen, Bohnen, Mecklamer, Weizen und Weizenstroh aus dem Lande Baden be-actes der vorgängig ert. Erlaubnis der Steuerorgane stelle beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe.
Karlsruhe, den 17. Februar 1919. 1741
Ministerium f. Ernährung. Ministerium des Innern: Dr. Schneider. Dr. Leug.

Bekanntmachung.

Die Verbejierung der Kreisstraße Leopoldshafen-Blankenloch hier, Verkehrssperre betr.
Anfolge der Antragsnahme der Bauarbeiten für die Verbejierung der Kreisstraße Leopoldshafen-Blanken-loch bei 16 km wird die Str. de im Nordwald für den Durchgangsverkehr mit Fahrzeugen bis auf Weiteres gesperrt.
Karlsruhe, den 8. März 1919.
Bezirksamt.

Pferdefleisch.

Beil. trotz aller Bemühung die Mißstände bei der Verteilung von Pferdefleisch nicht beseitigt werden können, ist beschließt, die Schlachtung von Pferden und die Verteilung von Pferdefleisch und Wurst im städt. Betrieb vorzunehmen.

Die Einzelheiten über diese neue Regelung werden nächster Tage veröffentlicht werden.

Um in der Zwischenzeit soviel, wie nach der derzeitigen Sachlage möglich, Ordnung in den Verkauf von Pferdefleisch zu bringen, bestimmen wir hiermit als vorläufige Maßnahme, daß mit Wirkung ab Montag, den 10. März 1919

Pferdefleisch und Wurst

nur gegen Fleischmarken abgegeben werden darf. Die bisherigen Pferdefleisch- und Wurstmarken werden mit a. ge. wies. gegen Abgabe der Fleischmarken von Pferdefleisch und Wurst

das Doppelte der Menge abzugeben, wie die vom Nahrungsmittelamt als Not-anforderungen z. B. 1.9 (3. St. 175 Gramm) bestimmt ist. Ohne Abgabe von Fleischmarken darf Pferdefleisch oder Wurst nicht abgegeben werden.

Wir werden dafür sorgen, daß strenge Kontrolle geübt wird.
Karlsruhe, den 8. März 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Gößst- und Nahrungsmittel.
Willy in der Zeit vom 10. März bis 16. März 1919 einschlie. sich für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amt. Bezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg.	Gemüse	Pfg.
Rosenkohl	100	Rüben, weiße	8
Winterrüben	20*	Wodenkohlrabi	10
Rotkohl	40	Helldal	100
Weißkohl	80	Zellerie	60
Wirsing	25	Lauch	40
Spinat	40	Wasserkress	60-90
Schwarzwurzeln	180	Stich	Stück
Speisebohnen, rot	20	Netzig	8-15
gelb	17		Pfund
Kartoffeln, lange u. runde	25	Apfelseln	60
Rüben, rote	20*	Sauerkraut	33
		Eingemachte Rüben	16

In allen Waren, sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten angebotener Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer des selben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Die mit einem Stern versehenen Preise sind Gößst-preise.
Karlsruhe, den 7. März 1919. 1742
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Daniels

Konfektions-Haus
Karlsruhe,
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Angeerbte

Tüll- u. Voile-Blusen.
Seiden-Blusen
mit kleinen Webfehlern zu billigen Preisen.

Haus- und Straßenschuhe

werden angefertigt, da selbst werden auch noch Kunden zum Schluß u. Heden angenommen. 922
Marienstr. 28, II. Et.

Buchbinder-Lehrling

mit guter Schulbildung auf Dieren gesucht.
Zimmermann
Kaiserstrasse 110. 1715

Lehrling gesucht

Sohn achtbarer Eltern, be-liebt hat, das Goldschmiedehandwerk zu erlernen, ge-sucht. 1636

Richard Gropach

Goldschmiedemeister,
Kaiserstrasse 173.

J. Hartmann

Kaiserstrasse 22, Stb. II.
empfiehlt 1021

Daunenmäntel

für Frühjahr u. Herbst und
Kleiderhosen.

Herren-Fahrrad, ohne

Gummireifen, gut erhalten, zu verkaufen. 1732
Eisenur. 141, I. St.

Eisenfässer

zu kaufen gesucht. Angehote unter Nr. 1083 an das „Volksfreund“-Büro.